
WOLF GRUNER

Die Fabrik-Aktion und die Ereignisse in der Berliner Rosenstraße

Fakten und Fiktionen um den 27. Februar 1943

Erinnerung und Geschichte

Seit Beginn der 1990er Jahre wird alljährlich in der deutschen Öffentlichkeit an eine Protestaktion während der NS-Diktatur erinnert, die erfolgreich gewesen sei.¹ Ende Februar 1943 hatten Menschen gegen die befürchtete Deportation ihrer Angehörigen, die nach der NS-Terminologie in sogenannter Mischehe lebten, öffentlich protestiert. In der Rosenstraße, einer kleinen Straße in Berlin-Mitte, wo damals Hunderte Juden aus „Mischehen“ in einem Verwaltungsgebäude der Jüdischen Gemeinde interniert worden waren, würdigt seit 1995 ein Denkmal das Ereignis.² Das einmalige Geschehen ist inzwischen regelmäßiges Thema in der Presse,³ Gegenstand von Dokumentarfilmen⁴ und wird im Internet

- 1 Vgl. zu den Argumenten des Artikels Wolf Gruner, Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938 bis 1943, Berlin 1997, S. 311–326. Vgl. ders., Die Reichshauptstadt und die Verfolgung der Berliner Juden 1933–1945, in: Reinhard Rürup (Hrsg.), Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien, Berlin 1995, S. 229–266, hier S. 251–254. Für Hilfe und Kritik danke ich außer den in den Fußnoten Benannten Wolfgang Benz, Konrad Kwiet, Claudia Schoppmann, Stefanie Schüler-Springorum, Peter Witte und Susanne zur Nieden.
- 2 Das Denkmal der Bildhauerin Ingeborg Hunziger hatte die DDR 1989 in Auftrag gegeben. Zur Einweihung vgl. Berliner Zeitung vom 19. 10. 1995.
- 3 Die Zeit vom 21. 7. 1989; Der Spiegel 8 (1993), S. 58–68; Tagesspiegel vom 23. 2. 1993, 6. 3. 1993 und 5. 3. 1999; Berliner Zeitung vom 28. 2. 1996, 28. 2. 1997, 28. 2. 1998, 1. 3. 1999 und 1. 3. 2002.
- 4 Die Rettung der Berliner Juden aus der Rosenstraße (BRD 1993, Produzent: Hermann Schlenker); Befreiung aus der Rosenstrasse (BRD 1994, Regie: Michael Muschner); „Holokaust“ (ZDF 2000), Teil V „Widerstand“. Für 2003 ist ein Dokumentarfilm „Resistance of the Heart: Intermarriage and the Rosenstrasse Protest in Nazi Germany“ von Pierre Sauvage in Zusammenarbeit mit Nathan Stoltzfus angekündigt.

diskutiert.⁵ Einhellig ist dabei die Forderung, es hätten mehr Menschen so handeln müssen wie die Protestierenden, die damit den Tod ihrer Angehörigen verhindert hätten. Die Geschichte aus der Rosenstraße hat sich als Topos inzwischen so verselbständigt, daß die Behauptung, die Berliner Juden aus „Mischehen“ hätten damals deportiert werden sollen, in der historischen Fachliteratur gar zum Faktum gerann. Den Erkenntnissen der Geschichtswissenschaft wie auch der öffentlichen Erinnerung zum Trotz heißt es im 1997 erschienenen „Handbuch für die Benutzung von Quellen der NS-Zeit“ über die „Fabrik-Aktion“, daß damals mit ihr die „noch in Deutschland lebenden Juden, welche mit arischen Partnern verheiratet waren“, verschleppt worden seien.⁶

Sowohl um den Hergang und die Hintergründe der Fabrik-Aktion als auch um den mit ihr verknüpften Protest in der Rosenstraße hat sich über die Jahre hin ein dichtes Geflecht von Behauptungen gelegt, das hier diskutiert werden soll. Es besteht hauptsächlich aus folgenden Annahmen: Die Fabrik-Aktion habe nur in Berlin stattgefunden; sie habe allein das Ziel verfolgt, die jüdischen Zwangsarbeiter aus der Rüstungsindustrie zu deportieren; alle Berliner Juden, die in „Mischehen“ lebten und bisher als „geschützt“ galten, sollten im Zuge dieser Aktion ebenfalls abtransportiert werden und seien deshalb interniert worden; letzteres habe Goebbels entschieden; der Abtransport der Juden aus „Mischehen“ sei durch den öffentlichen Protest ihrer Ehepartner vor deren Internierungsstätte verhindert worden; es hätten nur Frauen protestiert; Goebbels persönlich habe interveniert und die geplante Deportation gestoppt.

Schon im Dezember 1945, also kurz nach dem Ende der NS-Diktatur, war in der Wochenzeitschrift „für Frauen- und Menschenrecht“ *Sie* ein Artikel mit dem prägnanten Titel „Aufstand der Frauen“ von Georg Zivier erschienen, in dem es über die Ereignisse Ende Februar/Anfang März 1943 hieß: „Die Gestapo hatte sich zu einer Großaktion entschlossen. An den Portalen der Industriebetriebe hielten die Kolonnen der zeltplanverdeckten Lastwagen. Sie hielten auch vor vielen Privathäusern. [...] Und es entging der Öffentlichkeit das Auflodern einer kleinen Fackel, an der ein Feuer des allgemeinen Widerstands gegen die

5 U. a. in <http://fcit.coedu.usf.edu/Holocaust/timeline/rosenstr.htm>; http://www.ppu.org.uk/peacematters/pm2001/pm2001_91b.html; www.friedenspaedagogik.de, www.friedengewaltfrei.de.

6 Ämter, Abkürzungen, Aktionen des NS-Staates. Handbuch für die Benutzung von Quellen der nationalsozialistischen Zeit. Amtsbezeichnungen, Ränge und Verwaltungsgliederungen, Abkürzungen und nichtmilitärische Tarnbezeichnungen, bearb. v. Heinz Boberach u. a., München 1997, S. 379.

Tyrannenwillkür sich vielleicht hätte entzünden können. Die Geheime Staatspolizei hatte aus den riesigen Sammellagern der zusammengebrachten jüdischen Einwohnerschaft von Berlin die ‚arisch Versippten‘ aussortieren und in einen Sondergewahrsam in der Rosenstraße bringen lassen. Es lag völlig im unklaren, was mit ihnen geschehen würde. Da griffen die Frauen ein. Bereits in den Morgenstunden des nächsten Tages hatten sie den Aufenthalt ihrer Männer aufgespürt und wie auf Verabredung, wie auf einen Ruf hin erschienen sie in Massen vor dem improvisierten Gefängnis. Vergeblich bemühten sich die Beamten der Schutzpolizei, die Demonstrantinnen – etwa 6000 – abzudrängen und auseinanderzubringen. Immer wieder sammelten sie sich, drängten sie vor, riefen sie nach ihren Männern – die sich, strengen Verboten zum Trotz, am Fenster zeigten – und forderten Freilassung. [...] Das Hauptquartier der Gestapo lag in der Burgstraße, unweit des Platzes der Demonstrationen. Ein paar Maschinengewehre hätten die aufständischen Frauen davonfegen können, aber die SS schoß nicht, diesmal nicht. Erschreckt über einen Vorfall, der in der Epoche des Dritten Reiches nicht seinesgleichen hatte, ließ man sich in der Burgstraße auf Verhandlungen ein, man beschwichtigte, machte Zusicherungen und gab die Männer schließlich frei.“⁷

Die in Berlin nach dem Kriegsende erscheinende Zeitschrift *Sie* gab Heinz Ullstein heraus. Er war selbst in der Rosenstraße interniert und seine Frau Teilnehmerin der Proteste gewesen. Nach eigener Aussage inspirierte Ullstein Georg Zivier zu dessen Artikel und verfaßte diesen sogar in Teilen mit.⁸ Mitherausgeberin der Zeitschrift war die Journalistin Ruth Andreas-Friedrich. Sie hatte ein „Tagebuch“ geschrieben, von dem in der Zeitschrift im Januar 1946 Auszüge veröffentlicht wurden.⁹ Offenbar hatte Ruth Andreas-Friedrich den sich auf den Protest beziehenden Abschnitt ihres Tagebuchs Zivier und Ullstein zuvor für den Zeitungsartikel zur Verfügung gestellt. Beide Texte stimmen sowohl im Tenor wie in den meisten Details auffällig überein. Bei Andreas-Friedrich heißt es: „Die jüdischen Partner rassisch gemischter Ehen. Abgesondert von den übrigen, hat man sie vergangenen Sonntag in ein Sammellager geschafft. Zur Prüfung und endgültigen Beschließung. Noch am selben Tag machten sich die Frauen jener Männer auf, ihre verhafteten Ehegefährten zu suchen. Sechstausend nichtjüdische Frauen drängten sich in der Rosenstraße, vor den Pforten des Gebäudes, in dem man die ‚Arisch-versippten‘ gefangenhielt. Sechstausend

7 Sie, 2. Dezemberausgabe 1945.

8 Heinz Ullstein, Spielplatz meines Lebens. Erinnerungen, München 1961, S. 334 f., 340.

9 Sie vom 6. I. 1946.

Frauen riefen nach ihren Männern. Schrien nach ihren Männern. Heulten nach ihren Männern. Standen wie eine Mauer. Stunde um Stunde, Nacht und Tag. In der Burgstraße liegt das Hauptquartier der SS. Nur wenige Minuten entfernt von der Rosenstraße. Man war in der Burgstraße sehr peinlich berührt über den Zwischenfall. Man hielt es nicht für opportun, mit Maschinengewehren zwischen sechstausend Frauen zu schießen. SS-Führerberatung. Debatte hin und her. In der Rosenstraße rebellieren die Frauen. Fordern drohend die Freilassung ihrer Männer. ‚Privilegierte sollen in die Volksgemeinschaft eingegliedert werden‘, entscheidet am Montagmittag das Hauptquartier der SS. Wen das Zufallsglück traf, einen nichtjüdischen Partner geheiratet zu haben, der darf sein Bündel schnüren und nach Hause gehen.“¹⁰

Tagebuch und Zeitungsartikel enthielten bereits die wichtigsten Ingredienzien der Geschichte des Protestes in der Rosenstraße, so wie sie derzeit erinnert wird. Damit findet sich der historiographische Schlüssel zur heute vorherrschenden Auffassung bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Den Zivier-Artikel druckte schon im Januar 1946 die in München, Frankfurt am Main und Berlin erscheinende *Neue Zeitung* ungekürzt nach.¹¹ Das Tagebuch von Ruth Andreas-Friedrich wurde 1947 in Deutschland und den USA parallel als Buch veröffentlicht. Es ist heute eines der bekanntesten Zeugnisse zur NS-Zeit.¹² Die Kenntnis dieser Texte hat nicht nur später befragte Zeitzeugen beeinflusst,¹³ sie prägte auch die Historiographie der Geschehnisse.

10 Eintrag vom 7. 3. 1943, in: Ruth Andreas-Friedrich, *Der Schattenmann*, Frankfurt a. M. 1983, S. 103 f. Möglicherweise hat sie das Tagebuch aber erst kurz nach Kriegsende in der veröffentlichten Form geschrieben; vgl. dazu Helmut Peitsch, „Deutschlands Gedächtnis an seine dunkelste Zeit“. Zur Funktion der Autobiographie in den Westzonen Deutschlands und den Westsektoren von Berlin 1945 bis 1949, Berlin 1990, S. 300–303.

11 Die *Neue Zeitung* vom 14. 1. 1946.

12 Die Originalausgabe des Tagebuches erschien 1947 bei Suhrkamp (auch unter dem Titel: *Schauplatz Berlin. Ein deutsches Tagebuch*, München 1962). In engl.: *Berlin Underground, 1938–1945*, New York 1947 sowie London 1948. Der Eintrag zum 7. 3. 1943 wurde später in Publikationen in West und Ost abgedruckt; z. B. in: *Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933–1945*, hrsg. v. Helmut Eschwege, Berlin (DDR) 1981, S. 339 f.; Mira Schoenberner/Gerhard Schoenberner, *Zeugen sagen aus. Berichte und Dokumente über die Judenverfolgung im „Dritten Reich“*, Berlin (DDR) 1988, S. 299.

13 Vgl. ähnliche Überlegungen im Aufsatz von Beate Meyer in diesem Band.

Die historische Forschung und die damaligen Ereignisse

Schon 1948 hatte der überlebende Jurist Bruno Blau in der Zeitschrift *Judaica* ohne Beleg behauptet, daß die Gestapo im Februar 1943 einen Vorstoß gegen die jüdischen Männer aus „Mischehen“ geplant habe, deren Freilassung aber durch den öffentlichen Protest ihrer Frauen erreicht worden sei.¹⁴ In seinem Standardwerk zur NS-Judenverfolgung verwies Raul Hilberg 1961 zwar auf die Fabrik-Aktion, erwähnte die Ereignisse in der Rosenstraße aber nicht.¹⁵ Erst 1992 sprach er in einem Buch den Protest an, unter Bezug auf einen Aufsatz von Kurt Ball-Kaduri.¹⁶ Ball-Kaduri hatte 1963 geschrieben, die Gestapo habe im Februar 1943 beabsichtigt, die Juden in „Mischehen“ nicht weiter von den Deportationen auszunehmen. Dagegen hätten die „arischen“ Frauen der verhafteten Männer demonstriert.¹⁷ Er zitiert hierzu als Beleg einen Nachkriegsbericht von Ernst Gross. Dieser, 1943 Insasse des Lagers Rosenstraße, berief sich aber darauf, daß hierüber nach 1945 in der Zeitung geschrieben worden sei.¹⁸ Gross' Darstellung beruhte zu wesentlichen Teilen auf dem Zeitungsartikel von Zivier, den Ball-Kaduri auch auszugsweise in seinem Aufsatz nachdruckte.¹⁹ Letzterer stützte sich also auf Zeugnisse, die nicht aus der Zeit der Ereignisse stammten.²⁰ Schon in den 1960er bzw. 1970er Jahren scheint demnach der Mythos eines erfolgreichen Protestes wirkungsmächtig gewesen

- 14 Bruno Blau, Die Mischehe im Nazireich, in: *Judaica* 1 (1948), S. 46–57, hier S. 53.
- 15 Raul Hilberg, *Destruction of the European Jews*, London 1961, S. 277; ders., *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt a. M. 1990, S. 449.
- 16 Raul Hilberg, *Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945*, Frankfurt a. M. 1997, S. 151.
- 17 Kurt Jakob Ball-Kaduri, Berlin is „purged“ of Jews. The Jews in Berlin 1943, in: *Yad Vashem Studies* 5 (1963), S. 271–316; ders., Berlin wird judenfrei. Die Juden in Berlin in den Jahren 1942/1943, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Osteuropas* 22 (1973), S. 196–241.
- 18 Zit. (im folg. nach der dt. Ausgabe): Ball-Kaduri, Berlin, S. 213. Vgl. eine ähnliche Aussage von Gross, in: *Juden in Berlin 1671–1945. Ein Lesebuch*, Berlin 1988, S. 310.
- 19 Vgl. Ball-Kaduri, Berlin, S. 213 f.
- 20 Ball-Kaduri nutzte auch einen von ihm selbst nach Kriegsende inspirierten Bericht einer ehemaligen Angestellten der Berliner Jüdischen Gemeinde, der Ende 1946 verfaßt wurde und über den Protest kein Wort enthielt. Vgl. Hildegard Henschel, *Aus der Arbeit der Jüdischen Gemeinde Berlin während der Jahre 1941–1943. Gemeindefarbeit und Evakuierung von Berlin*, 16. Oktober 1941–16. Juni 1943, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Juden* 1/2 (1972), S. 33–52, hier S. 45 f. Auszug bei Ball-Kaduri, Berlin, S. 208–211.

zu sein, wenngleich das Ereignis selbst aus der öffentlichen Widerstandsdiskussion offenbar verschwand, die sich damals allein auf den bürgerlichen Widerstand des 20. Juli konzentrierte.²¹ Auf Ball-Kaduris Aufsatz bezogen sich bald viele Historiker sowohl in der Darstellung der Fabrik-Aktion wie in der Schlußfolgerung eines erfolgreichen Protestes.²² In vielen älteren und auch neueren Abhandlungen findet sich der Topos sogar ohne jeden Nachweis von Quellen und Literatur.²³

Die Behauptung des geplanten Abtransportes der in „Mischehe“ Lebenden und dessen Verhinderung selbst gegen die Maschinengewehre der SS fand dann in den 1990er Jahren ihren eifrigsten Verfechter in Nathan Stoltzfus, der dem „Aufstand der Frauen“ mehrere Aufsätze und ein Buch gewidmet hat.²⁴

- 21 Vgl. Peter Steinbach, *Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien*, Paderborn u. a. 2001, S. 40 f., 115, 224.
- 22 Z. B. Monika Richarz (Hrsg.), *Jüdisches Leben in Deutschland*, Bd. 3: *Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945*, Stuttgart 1982, S. 64; Konrad Kwiet/Helmut Eschwege, *Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945*, Hamburg 1984, S. 43; Dagmar Hartung von Doetinchem, *Zerstörte Fortschritte. Das Jüdische Krankenhaus in Berlin 1756–1861–1914–1989*, in: dies./Rolf Wienau (Hrsg.), *Zerstörte Fortschritte*, Berlin 1989, S. 75–215, hier S. 190; Sybil Milton, *Women and the Holocaust. The Case of German and German-Jewish Women*, in: Renate Bridenthal u. a. (Hrsg.), *When Biology became Destiny. Women in Weimar and Nazi-Germany*, New York 1984, S. 297–333, hier S. 319; Claudia Koonz, *Mothers in the Fatherland. Women, the Family, and Nazi Politics*, London 1986, S. 337.
- 23 Wolfgang Scheffler, *Judenverfolgung im Dritten Reich 1933–1945*, Frankfurt a. M. u. a. 1965, S. 69; Robert M. W. Kempner, *Die Ermordung von 35 000 Berliner Juden. Der Judenmordprozeß in Berlin schreibt Geschichte*, in: *Gegenwart und Rückblick*, Berlin 1970, S. 180–205, hier S. 202; *Juden in Berlin 1671–1945*, S. 248; Konrad Kwiet, *Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1988, S. 545–659, hier S. 594; Hermann Simon, *Die Berliner Juden unter dem Nationalsozialismus*, in: *Der Bär von Berlin. Jahrbuch 1995 des Vereins für die Geschichte Berlins*, Bonn 1995, S. 137–150, hier S. 145; ders., *Die Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945)*, in: Andreas Nachama/Julius H. Schoeps/Hermann Simon (Hrsg.), *Juden in Berlin*, Berlin 2001, S. 181–220, hier S. 212; Georg M. Hafner/Esther Schapira, *Die Akte Alois Brunner. Warum einer der größten Naziverbrecher noch immer auf freiem Fuß ist*, Frankfurt a. M. 2000, S. 87 f.
- 24 Nathan Stoltzfus, *Widerstand des Herzens. Der Protest in der Rosenstraße und die deutsch-jüdische Mischehe*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 21 (1995), S. 218–247;

Auf ihn berufen sich neuerdings mehrere Autoren in ihren Darstellungen und Schlußfolgerungen.²⁵ Zum Thema erschienen auch zwei populärwissenschaftliche Sammlungen von Zeitzeugenberichten und Interviews. Gernot Jochheim vertritt die These vom erfolgreichen Protest, während Nina Schröder sich jüngst vorsichtiger darüber äußerte.²⁶ Nur wenige Historiker zweifelten bisher an dieser Lesart.²⁷

Der Protest gilt heute der Wissenschaft ebenso als Paradebeispiel für eine „gewaltlose“ Opposition²⁸ wie für den geschlechtsspezifischen Widerstand von Frauen.²⁹ Manche Autoren kommen bei der Darstellung dieser Ereignisse zu der Schlußfolgerung: Hätten mehr Menschen so gehandelt, so hätte man De-

ders., Widerstand des Herzens. Der Aufstand der Berliner Frauen in der Rosenstraße–1943, München/Wien 1999; ders., „Third Reich History as if the People mattered“. Eine Entgegnung auf Christof Dipper, in: *Geschichte und Gesellschaft* 26 (2000), S. 672–684.

- 25 Marion A. Kaplan, *Between Dignity and Despair. Jewish Life in Nazi Germany*, New York/Oxford 1999, S. 193; Ian Kershaw, *Hitler. 1936–1945*, Stuttgart 2000, S. 1212, Anm. 115; Eric A. Johnson, *Der nationalsozialistische Terror. Gestapo, Juden und gewöhnliche Deutsche*, Berlin 2001, S. 455 ff.
- 26 Mit einem fiktiven Bericht von Hans Grossmann, der aus diversen Erinnerungen kompiliert ist: Gernot Jochheim, *Protest in der Rosenstraße*, Stuttgart/Wien 1990 (erw. Neuausgaben: *Frauenprotest in der Rosenstraße. „Gebt uns unsere Männer wieder“*, Berlin 1993, bzw. *Frauenprotest in der Rosenstraße Berlin 1943. Berichte, Dokumente, Hintergründe*, Berlin 2001); vgl. ders./Johannes Rösler, *Die Rosenstraße. Gestern – heute*, Berlin 1997. Mit mehreren ausführlichen Interviews: Nina Schröder, *Hitlers unbeugsame Gegnerinnen. Der Frauenaufstand in der Rosenstraße*, München 2001.
- 27 Christof Dipper, *Schwierigkeiten mit der Resistenz*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996), S. 409–416; Wolfgang Benz u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1997, S. 452 f.; Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München 1998, S. 537; Beate Meyer, „Jüdische Mischlinge“. *Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945*, Hamburg 1999, S. 57; Diana Schulle, „Gebt unsere Männer frei!“, in: Beate Meyer/Hermann Simon (Hrsg.), *Juden in Berlin 1938–1945*, Berlin 2000, S. 167.
- 28 Vgl. Jochheim, *Frauenprotest* 1993; Günther Gugel, *Wir werden nicht weichen*, Tübingen 1996; Jacques Semelin, *Ohne Waffen gegen Hitler. Eine Studie zum zivilen Widerstand*, Frankfurt a. M. 1995.
- 29 Milton, *Women and the Holocaust*, S. 319; Koonz, *Mothers in the Fatherland*, S. 337 (in der dt. Ausgabe, *Mütter im Vaterland*, Freiburg i. Br. 1991, fehlt der Abschnitt „Courage and choice. Women who said no“, in dem der Passus zur Rosenstraße plaziert war); Christl Wickert, *Widerstand und Dissens von Frauen*, in: dies. (Hrsg.), *Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland*, Berlin 1995, S. 18–31, hier S. 24.

portationen und Vernichtung aufhalten können.³⁰ Diese Meinung vertritt vor allem Stoltzfus vehement.³¹ Auch diese These ist bereits kurz nach dem Krieg entstanden. 1948 schrieb Bruno Blau: „Dies Verhalten der Frauen zeigt, daß es nicht unmöglich war, mit Erfolg gegen die Macht der Nazis anzukämpfen. Wenn die verhältnismäßig geringe Zahl von Frauen jüdischer Männer es zuwege gebracht hat, deren Schicksal zum Guten zu wenden, so hätten diejenigen Deutschen, die sich jetzt in so großer Zahl als Gegner des Nazismus bezeichnen, auch die von ihnen angeblich nicht gewollten oder sogar verabscheuten Greuelthaten verhindern können, sofern sie es ernstlich gewollt hätten.“³²

Im Gegensatz zu den vorliegenden Arbeiten, die sich meist allein auf viele Jahre später abgefaßte Berichte von Überlebenden bzw. auf Jahrzehnte nach den Ereignissen geführte Interviews stützten, werden im folgenden zur Rekonstruktion der Fabrik-Aktion und der Internierung in der Rosenstraße bislang unbeachtete Dokumente der Gestapo, der Schutzpolizei, jüdischer Einrichtungen und der Katholischen Kirche herangezogen. Für die Darstellung des Protestes selbst jedoch bleibt die Quellenlage weiter disparat.³³

Die NS-Führung und die Entscheidung über den Abschluß der Massendeportationen

Gegen Ende des Jahres 1942 waren die Deportationen von jüdischen Deutschen in mehreren Regionen des Reiches bereits abgeschlossen. Insgesamt lebten

30 Vgl. diese Ansicht bei Ball-Kaduri, Berlin, S. 214; Kwiet/Eschwege, Selbstbehauptung, S. 43; Kwiet, Pogrom, S. 594; Schröder, Gegnerinnen, S. 57; Jochheim, Frauenprotest 1993, S. 27 f. und 136.

31 Stoltzfus, Aufstand, S. 345. Ihm schloß sich hierin an Daniel J. Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, München 1996, S. 151.

32 Blau, Mischehe im Nazireich, S. 53 f.; zit. auch bei Schröder, Gegnerinnen, S. 34.

33 In den Beständen der SS, der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler“, der Ordnungspolizei sowie des Reichssicherheitshauptamtes im Bundesarchiv schlug sich nichts von den Ereignissen nieder. Akten der Berliner Gestapo bzw. der Schutzpolizei des Stadtbezirkes Mitte sind im Landesarchiv Berlin nicht erhalten. Als Nachkriegsaussagen liegen vor allem die Vernehmungen aus den Gestapo-Prozessen in den sechziger Jahren, die Stoltzfus verwendet (Archiv des Landgerichtes Berlin, in Kopie teils im Archiv der „Stiftung Topographie des Terrors“, teils im Archiv der Stiftung „Neue Synagoge-Centrum Judaicum“ in Berlin) sowie Interviews aus den achtziger und neunziger Jahren vor, auf die sich Stoltzfus, Jochheim und Schröder stützen.

zu diesem Zeitpunkt im „Altreich“ nur noch 51 327 Jüdinnen und Juden. Sie waren besonders in einigen Großstädten wie Berlin und Breslau sowie – weniger bekannt – in Dutzenden Arbeitslagern konzentriert. 20 406 von ihnen waren in der Industrie als Zwangsarbeiter tätig.³⁴ Allein in Berlin beschäftigten wahrscheinlich noch über 200 Betriebe mehr als 15 000 Juden. Deshalb hatte Hitler im Laufe des Jahres 1942 mehrmals die Entfernung der jüdischen Zwangsarbeiter aus den Rüstungsbetrieben des Reiches gefordert.³⁵

Die letzte Phase des Abtransportes der noch verbliebenen Zwangsarbeiter und ihrer Angehörigen begann nach zeitgenössischer Einschätzung im Dezember 1942.³⁶ Im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) befaßten sich die Beamten jetzt offenbar konkret mit den Vorbereitungen für den Abschluß der seit Oktober 1941 laufenden Massendeportationen.³⁷ Für einen raschen Ersatz der jüdischen Zwangsarbeiter trafen aber zu wenige polnische Arbeitskräfte im Reich ein. Zusätzliche Schwierigkeiten ergaben sich aufgrund von Transportsperrern im Generalgouvernement.³⁸ Möglicherweise fand deshalb eine Verschiebung der Deportationen auf das kommende Frühjahr statt. In Berlin wurden die Unternehmen Anfang Dezember 1942 unterrichtet, daß „nach neuesten Informationen“ am 31. März 1943 die Frist für den Abzug der Zwangsarbeiter ablaufe.³⁹

34 Vgl. Gruner, Arbeitseinsatz. Zu den Zahlen: Leo Baeck Institute/Archiv (im folg. LBI/A) New York, Microfilms, Wiener Library, 500 series, Nr. 526: Inspekteur für Statistik beim RFSS, Stand 1. 1. 1943 (Korherr-Bericht), S. 17. Allerdings müssen hier teilweise Juden in „Mischehen“ gezählt worden sein, denn in Stuttgart lebten im Herbst 1942 nur noch 300 Juden, davon 200 in „Mischehe“; Roland Müller, Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988, S. 408.

35 Vgl. Gruner, Arbeitseinsatz, S. 299–307.

36 Bundesarchiv (im folg. BA)-Militärarchiv Freiburg i. Br., RW 21–5, Nr. 4, Bl. 24: Bericht Rüstungskommando IV Berlin, 1. 1.–31. 3. 1943.

37 Der weiter unten zitierte RSHA-Erlaß mit den Deportationsrichtlinien ist zwar vom 20. 2. 1943 datiert, hat aber eine hohe Tagebuchnummer aus dem Jahr 1942 (2093/42), ähnlich wie der im Anhang abgedruckte Erlaß der Gestapo Frankfurt/Oder vom 24. 2. 1943 (1958/42).

38 Peter Longerich (Hrsg.), Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941–1945, München/Zürich 1989, S. 221; BA-Militärarchiv Freiburg i. Br., RW 21–5, Nr. 4, Bl. 23: Quartalsbericht Rüstungskommando IV Berlin v. 1. 1.–31. 3. 1943.

39 Tagung Siemens-Schuckert Werke AG vom 7.–8. 12. 1942, zit. bei Tilla Siegel, Industrielle Rationalisierung unter dem Nationalsozialismus, Frankfurt a. M./New York 1991, S. 389. Vgl. Kempner, Ermordung, S. 202.

Als seit Beginn des Jahres 1943 dann monatlich mehr als hunderttausend ausländische Arbeiter in den Industriezentren eintrafen, schien der NS-Führung ausreichend Ersatz für die zwangsarbeitenden Juden vorhanden.⁴⁰

Am 18. Februar 1943 notierte Goebbels, daß mit „dem Stichtag des 28. Februar“ die Berliner Juden „zuerst einmal alle in Lagern zusammengefaßt werden“ würden „und dann schubweise, Tag für Tag bis zu 2000, zur Abschiebung kommen“.⁴¹ Das Reichssicherheitshauptamt veröffentlichte nur zwei Tage später, am 20. Februar, die allgemeinen „Richtlinien zur technischen Durchführung“ für die letzte große Deportationswelle im Altreich. Alle Juden, auch die bisher zum Teil noch ausgenommenen Zwangsarbeiter in rüstungswichtigen Betrieben, sollten nun restlos abtransportiert werden, außer die in „Mischehe“ lebenden.⁴²

Kurz darauf gab das RSHA dann Befehle an die Gestapo im Reich heraus, die den konkreten Ablauf für eine Groß-Razzia festlegten. Diese Razzia richtete sich aber nicht nur gegen die zu deportierenden „volljüdischen“ Zwangsarbeiter, sondern das RSHA ordnete an, wie aus einem – bisher unbeachteten – Erlaß der Gestapo Frankfurt/Oder hervorgeht, „sämtliche noch in Betrieben beschäftigten Juden zum Zwecke der Erfassung aus den Betrieben“ zu entfernen. Dies betreffe auch „die in Mischehe lebenden Juden“. Ihr Zwangseinsatz sollte reorganisiert, sie durften aber nicht deportiert werden. Da diese Aktion ohne Vorläufer war, erhielt der Erlaß den Vermerk „Ohne Vorgang“. Die vom Abtransport der einen und von der Entfernung der anderen Juden betroffenen Firmen sollten durch das zuständige Arbeitsamt informiert werden. Die Aktion sei „schlagartig am 27. 2. 1943 bei Beginn der Arbeitszeit durchzuführen“. An diesem Tage solle die Gestapo in den Privatunternehmen die „Zusammenfassung der Juden“ unter Mithilfe der Abwehrbeauftragten und des Werkschutzes „unauffällig“ vornehmen, dabei „Ausschreitungen und Fluchtversuche“ verhindern. Diese Anweisungen des RSHA übermittelte die Gestapo Frankfurt/Oder den Landräten des Regierungsbezirks am 24. Februar, also drei Tage vor der geplanten Razzia, so daß genügend Zeit blieb, alle beteiligten Stellen über

40 Gruner, Arbeitseinsatz, S. 311.

41 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 7: Januar–März 1943, München u. a. 1993, S. 369; Eintrag vom 18. 2. 1943.

42 BArch Berlin, Zeitgeschichtliche Sammlung 138, unfol.; Auszug bei H. G. Adler, Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974, S. 199 f.

das Doppelziel einer „Evakuierung bzw. Entfernung von Juden aus Betrieben“, so lautete auch der Betreff des Erlasses (vgl. Abdruck des Dokumentes im Anhang), zu informieren, soweit sie nicht durch andere Kanäle bereits davon erfahren hatten. Denn die Landesarbeitsämter, „in deren Bezirken in größerer Zahl“ noch deutsche Juden zwangsbeschäftigt waren, informierte der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, ebenfalls über die geplante Aktion, allerdings nur diese, um „die Schlagartigkeit dieser Maßnahme nicht zu gefährden“.⁴³ In Bielefeld ordnete die Gestapo daher am 25. Februar ein Beschäftigungsverbot für Juden in mehreren Stadt- und Landkreisen an.⁴⁴ Die Gestapo Dortmund übermittelte am 26. Februar Landräten und Bürgermeistern ebenfalls „Ohne Vorgang“ die Weisung, daß „mit Wirkung vom 27. Febr. [...] die im Arbeitseinsatz befindlichen Juden aus dem Arbeitsprozeß mit dem Ziele ihrer teilweisen Evakuierung nach dem Osten“ herauszunehmen sind.⁴⁵

Aus den Gestapo-Überlieferungen geht das Doppelziel der Aktion deutlich hervor: Deportation der „ungeschützten“ Juden sowie Entfernung der noch „geschützten“ Juden aus den Unternehmen, und zwar nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reichsgebiet. Diese Groß-Razzia ist heute unter dem Namen Fabrik-Aktion bekannt und berüchtigt; ein Begriff, der offenbar von den Verfolgten selbst noch im Krieg bzw. kurz danach geprägt wurde.⁴⁶

Die Fabrik-Aktion in Berlin und im Reich

Viel genauer als bisher lassen sich Verlauf und Dimension der Groß-Razzia rekonstruieren. Einige Amtsbürgermeister erhielten den Erlaß der Gestapo

- 43 Erwähnt in: Sauckel an die Landesarbeitsämter am 26. 3. 1943 (Nürnberg Dok. L-156, in engl.), in: *Nazi Conspiracy and Aggression*, Washington 1946, Vol. VII, S. 905. Auszug bei Adler, *Mensch*, S. 228.
- 44 Margit Naarmann, *Die Paderborner Juden 1802–1945. Emanzipation, Integration und Vernichtung*, Paderborn 1988, S. 353.
- 45 Polizeiarchiv Dortmund, B 1802, Bl. 201–202: Gestapo-Erlaß vom 26. 2. 1943 übersandt mit Schreiben des Landrates von Meschede vom 1. 3. 1943; Faksimile in: Irmgard Harmann-Schütz/Franz Blome-Drees, *Die Geschichte der Juden in Sundern. Eine geschuldete Erinnerung an die Familie Klein*, Sundern 1988, S. 84 f.
- 46 Der Begriff findet sich in keinem Dokument von 1943, aber in Briefen von Überlebenden, die 1945/46 Anträge zur Anerkennung als „Opfer des Faschismus“ beim Berliner Magistrat stellten; Archiv der Stiftung „Neue Synagoge Berlin-Centrum Judaicum“ (im folg. CJA) Berlin, 4. 1, Nr. 81 und 208, unfol. Die von Stoltzfus und auch der

Dortmund vom 26. Februar 1943 noch am selben Tag.⁴⁷ Daraufhin wurden die Insassen mehrerer Zwangsarbeitslager für Juden informiert, daß sie sich am nächsten Tag – zur Überprüfung ihrer Arbeitspapiere – in Dortmund zu melden hätten. Dort angekommen, wurden sie von der Gestapo inhaftiert und in einem Gasthaus untergebracht. Hier wurden am 27. und 28. Februar alle Jüdinnen und Juden, Alte und Kinder, aus Dortmund und Umgebung konzentriert.⁴⁸ Im „Judenlager“ Paderborn erfuhr man gleichfalls am Abend des 26. Februar vom Abbruch der Zwangsbeschäftigung.⁴⁹ Die Gestapo Paderborn erhielt aus Münster den Befehl, bis zum 1. März die Lagerinsassen sowie einzelne Juden aus Haaren und Westheim in Bielefeld zur Deportation abzuliefern.⁵⁰

Eigentlich sollten die Männer und Frauen in den Zwangsarbeitslagern zumindest in Brandenburg, wenn nicht im Reich, von der Aktion zunächst ausgenommen bleiben, denn in dem Erlaß der Gestapo Frankfurt/Oder hieß es: „Die in Betrieben beschäftigten Juden, soweit sie in geschlossenen Lagern, wie Neuendorf i. S., Forsteinsatzlagern usw. untergebracht sind, sind bei dieser Aktion nicht zu erfassen.“ Doch wurde dies offenbar uneinheitlich gehandhabt. Während den jüdischen Insassen einer ganzen Reihe von Arbeitslagern in Brandenburg, z. B. in Hangelsberg, Kaisermühl, Kersdorf und Neuendorf, noch eine Galgenfrist von gut einem Monat bis zur Deportation blieb, wurden die Lager Gut Winkel und Skaby im Zuge der Aktion am 27. Februar geräumt, ebenso das schlesische Lager Groß-Breesen. Die schlesischen Lager Grüssau und Riebzig, in denen seit Sommer 1941 jüdische Familien ghettoisiert worden waren, wurden gleichfalls aufgelöst.⁵¹ In Dresden lebten die meisten Juden

Tagespresse letzthin des öfteren benutzten Begriffe „Schlußaktion“ bzw. „Juden-schlußaktion“ sind hingegen offensichtlich Wortschöpfungen aus den Gestapoprozessen; vgl. Stoltzfus, *Aufstand*, S. 397, Anm. 3.

47 Helga Tröster, *Geschichte und Schicksal der Juden in Schmallenberg*, in: *Schmallenberger Heimatblätter* 55 (1983–1985), S. 51–102, hier S. 94 b.

48 Zum Lager Neheim-Hüsten: Harmann-Schütz/Blome-Drees, *Sundern*, S. 85; zum Lager Höringshausen: Hans Frankenthal, *Verweigerte Rückkehr. Erfahrungen nach dem Judenmord*, Frankfurt a. M. 21999, S. 43–46.

49 Naarmann, *Die Paderborner Juden*, S. 353.

50 99 Lagerinsassen wurden am Morgen des 1. März geschlossen nach Bielefeld gebracht; ebenda, S. 352 f.

51 Gruner, *Arbeitseinsatz*, S. 267 ff.; vgl. ders., *Die Arbeitslager für den Zwangseinsatz deutscher und nichtdeutscher Juden im Dritten Reich*. 2. Kapitel: Zu den Lagern der Reichsvereinigung (ab 1941 Arbeitslager) im Altreich, in: *Gedenkstättenrundbrief* 79 (1997), S. 3–17; ders. 3. Kapitel: Zu den Arbeits- und Wohnlagern für deutsche Juden im Altreich (1941–1943/44), in: ebenda 80 (1997), S. 27–37.

seit November 1942 im Zwangslager Hellersberg, das man jetzt auch abspernte.⁵²

Die Aktion erfaßte neben den Lagerinsassen die letzten noch in ihren Orten wohnenden Juden.⁵³ Sie wurden in größeren Städten konzentriert. Nach Dresden brachte man die Juden aus Halle/Saale, Leipzig, Plauen, Chemnitz und Erfurt,⁵⁴ nach Düsseldorf die aus Essen.⁵⁵ Waren in den bisher angesprochenen Fällen die Deportationsvorbereitungen fast nach „gewohntem“ Muster verlaufen, so unterschied sich das Vorgehen in den Städten, wo noch eine größere Anzahl von Juden lebte, hiervon erheblich. In Breslau wurden Hunderte Juden durch Gestapo und Schutzpolizei verhaftet und in drei Sammellager gefeuchtet.⁵⁶

Dauerte die Aktion in den meisten Orten im Reich nur ein bis zwei Tage, wurde in Berlin, wo noch weit über 10 000 Zwangsarbeiter und deren Angehörige lebten, eine Woche benötigt. Hier wies die Gestapo am Freitag, den 26. Februar 1943 die Jüdische Gemeinde an, mehrere Gruppen für Büroarbeiten und zur Krankenversorgung am nächsten Tag bereitzuhalten.⁵⁷ Die Firmen, die noch jüdische Zwangsarbeiter beschäftigten, wurden ebenfalls informiert.⁵⁸ Am Sonn-

52 Markus Gryglewski, Zur Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933–1945, in: Norbert Haase u. a. (Hrsg.), Fotografien und Dokumente zur nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933–1945, Leipzig 1998, S. 87–150, hier S. 138 ff. und 178. Vgl. Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher Bd. 2: 1942–1945, Berlin 21995, S. 334–340.

53 In Braunschweig erhielten Juden am 27. Februar ihre Deportationsaufforderung für den 1. 3. 1943, Telegramm Rosa Seckel vom 27. 2. 1943, zit. bei Kwiet, Pogrom, S. 657.

54 Gryglewski, Judenverfolgung in Dresden, S. 138–140; Klemperer, Tagebücher, Bd. 2, S. 338.

55 Holger Berschel, Bürokratie und Terror. Das Judenreferat der Gestapo Düsseldorf 1935–1945, Essen 2001, S. 363, Anm. 665.

56 Karol Jonca, Die Deportation und Vernichtung der schlesischen Juden, in: Helge Grabitz u. a. (Hrsg.), Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, Berlin 1994, S. 150–169, hier S. 156–161.

57 Henschel, Arbeit, S. 46. Zu den Deportationen seit 1941 und der erzwungenen Mitwirkung der Gemeinde an der Vorbereitung vgl. Gruner, Reichshauptstadt, S. 247–252; Beate Meyer, Gratwanderung zwischen Verantwortung und Verstrickung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Jüdische Gemeinde zu Berlin 1938–1945, in: dies./Simon (Hrsg.), Juden in Berlin 1938–1945, S. 291–337.

58 Bei der Berliner Firma Zeiss-Ikon mobilisierte man den Werkschutz noch am Vorabend, Archiv der Staatsanwaltschaft beim Landgericht (im folg. AS LG) Berlin, Js 9/65 Bovensiepen-Verfahren, ZH 75, Bl. 5–6: Vernehmung von Gerda Kühnel am 30. 9. 1966.

abend morgen, gegen acht Uhr, erhielten auch die Reviere der Berliner Schutzpolizei per Funkspruch der Staatspolizeileitstelle Anweisungen für eine „Großaktion Juden“: Ihnen wurde befohlen, auf der Straße angetroffene bzw. auf den Revieren auftauchende Juden festzunehmen und nach Bezirken aufgeteilt in bestimmte Sammellager einzuliefern.⁵⁹ Gleichzeitig erfuhr die Schutzpolizei hierbei schon, daß ein Lager in der Rosenstraße für „arisch Versippte“ vorgesehen war.⁶⁰

Aufgrund der enormen Zahl abzutransportierender Juden führte die Gestapo in der Reichshauptstadt die Razzia mit Hilfe der Waffen-SS durch.⁶¹ Die Gestapo war für die Auswahl der Personen verantwortlich, die SS für das Absichern der Verhaftungen und des Transports. Die Groß-Razzia wurde seit dem Arbeitsbeginn am frühen Morgen in wahrscheinlich weit mehr als einhundert Berliner Firmen durchgeführt. In der Fabrik der Firma Hellmut Korth⁶² mußten sich die 25 jüdischen Zwangsarbeiter auf dem Hof aufstellen, „dann kam ein Zivilist, vermutlich ein Gestapoangehöriger, auf uns zu und stellte anhand einer Liste unsere Namen fest“.⁶³ Noch während der Razzia starb einer der jüdischen Zwangsarbeiter dieser Firma, Manfred Keins, infolge eines Herzinfarktes.⁶⁴ Die Festgenommenen transportierte man ungeachtet der Februarkälte, oft nur mit ihren dünnen Arbeitskitteln bekleidet, in Lastwagen ab. Die Aktion beschränkte sich aber nicht auf die Festnahmen in den Betrieben.

- 59 Der Funkspruch lag mir nicht vor, ist aber in mehreren Polizei-Tagebüchern angeführt. Mehrfach hieß es „laut Fs. Stl. Nr. 5620 v. 27. 2. 1943. 08,16 Uhr“, Landesarchiv Berlin (im folg. LAB), B Rep. 020, Acc. 1124, Nr. 6941, unfol.: 173. Revier Schöneberg, Einträge Nr. 158–160 vom 27. 2. 1943; ebenda, Acc. 5179, Nr. 8496, Bl. 241: 205. Revier Tempelhof, Einträge Nr. 53 ff. vom 27. und 28. 2. 1943; vgl. ebenda, Acc. 1093, Nr. 6937, Bl. 81–82: 129. Revier Charlottenburg, Einträge Nr. 89–90 „Betr. Großaktion Juden“ vom 27. 2. und 1. 3. 1943.
- 60 Bericht Charlotte Israel über die Auskunft des Reviers Grolmannstraße am 27. 2., das sie direkt in die Rosenstraße verwies; Die Grunewald-Rampe. Die Deportation der Berliner Juden, hrsg. von der Landesbildstelle Berlin, Berlin ²1993, S. 147. Vgl. Bericht Gad Beck bei Schröder, Gegnerinnen, S. 147.
- 61 In den Erinnerungen wird immer wieder die Leibstandarte SS „Adolf Hitler“ genannt, die zu dieser Zeit aber in der Sowjetunion eingesetzt war. Möglicherweise handelte es sich deshalb um Teil- oder Ersatzeinheiten. Für den Hinweis danke ich Dieter Pohl, München.
- 62 Fa. Helmut Korth Berlin, Fabrik für Feinmechanik und Optik-Mikroskopebau, Kesselstraße 9.
- 63 AS LG Berlin, Js 9/65, ZH 110, Bl. 11: Vernehmung Curt Radlauer vom 10. 11. 1966.
- 64 LA Berlin, B Rep. 020, Acc. 5179, Nr. 8496, Bl. 240–41: Tagebuch 205. Revier Tempelhof, Eintrag Nr. 52 vom 27. 2. 1943.

Zwangsarbeiter aller Firmen, die am Freitagabend ihre Schicht absolviert hatten und deshalb nicht in den Werken waren, und ihre Angehörigen wurden am 27. Februar in ihren Wohnungen festgenommen.⁶⁵ Viele Juden traf dieses Schicksal auch bei Vorladungen auf dem Arbeitsamt⁶⁶ oder auf Polizeirevieren.⁶⁷ Menschen, die einen „Judenstern“ trugen, wurden außerdem einfach auf den Straßen angehalten und in die Sammellager eingeliefert.⁶⁸

Um ungefähr 8000 Festgenommene unterzubringen,⁶⁹ nutzte die Gestapo je eine Kaserne in Berlin-Reinickendorf und Moabit, das Vergnügungslokal „Clou“ im Bezirk Mitte, außerdem die Synagoge in der Levetzowstraße (Moabit) und die Gebäude der Jüdischen Gemeinde Gerlachstraße und Große Hamburger Straße (beide Mitte).⁷⁰

Angestellte der Jüdischen Gemeinde bzw. Mitarbeiter der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ und ihre Angehörigen galten zunächst als geschützt und wurden – wenn verhaftet – bald entlassen. Vor der Aktion waren hierfür „gelbe Scheine“ ausgegeben worden.⁷¹ Die Jüdische Gemeinde erhielt erst im

- 65 Bericht anonym (Lausanne Ende 1943), in: Schoenberner/Schoenberner, Zeugen, S. 326 f.
- 66 Bericht Gad Beck, in: Ferdinand Kroh, David kämpft. Vom jüdischen Widerstand gegen Hitler, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 148. Vgl. Frank Heibert (Hrsg.), Und Gad ging zu David. Die Erinnerungen des Gad Beck 1923 bis 1945, Berlin 1995, S. 96 f.; vgl. weitere Angaben bei Stoltzfus, Aufstand, S. 289.
- 67 LAB, B Rep. 020 Acc. 1124, Nr. 6941, unfol.: Tagebuch 173. Revier Schöneberg, Eintrag Nr. 159 vom 27. 2. 1943; ebenda, Acc 5179, Nr. 8496, Bl. 241–242: Tagebuch 205. Revier Tempelhof, Eintrag vom 28. 2. 1943; Bericht Charlotte Israel, in: Grunewald-Rampe, S. 147; Stoltzfus, Aufstand, S. 287.
- 68 Vom 173. Polizeirevier Berlin-Schöneberg wurden im Laufe des 27. Februar drei Jüdinnen und ein Jude festgenommen und ins Lager „Clou“ eingeliefert; LAB, B Rep. 020, Acc. 1124, Nr. 6941, unfol.: 173. Revier Schöneberg, Einträge Nr. 158 und 160 vom 27. 2. 1943. Faksimile der Nr. 158, in: Reinhard Rürup (Hrsg.), Jüdische Geschichte in Berlin. Bilder und Dokumente, Berlin 1995, S. 323.
- 69 Henschel, Arbeit, S. 47.
- 70 Die bisher angegebene Zahl der Sammellager schwankt: fünf sind es bei Martha Mosse, LBI/A New York, Memoir Coll.: „Bericht 23./24. 7. 1958“, S. 13, und bei Moritz Henschel, YV Jerusalem, 01, Nr. 51, unfol.: „Die letzten Jahre der Jüdischen Gemeinde Berlin“ (Vortrag Tel Aviv 13. 9. 1946), S. 4; Kempner, Ermordung, S. 202; Jochheim, Frauenprotest 1993, S. 116. Sieben Lager sind es nach Kahan bei Hartung von Doetinchem, Zerstörte Fortschritte, S. 190. Acht Lager bei Schoenberner/Schoenberner, Zeugen, S. 326 f.
- 71 Henschel, Arbeit, S. 45 ff. Nanny Behrendt, im Betrieb festgenommen, kam nach einer Nacht im Lager Levetzowstraße frei, da ihr Mann bei der Reichsvereinigung angestellt

Laufe des 27. Februar von der Gestapo eine Erlaubnis, für die Verpflegung der Razzia-Opfer zu sorgen. Aufgrund von Transportproblemen erhielten viele erst am Abend oder am nächsten Tag etwas zu essen. In den überfüllten Sammelstellen, wo schreckliche sanitäre Verhältnisse herrschten, erlebten die Inhaftierten ohne jeden Schutz am 1. März einen der ersten schweren Bombenangriffe auf Berlin.⁷²

Noch Tage nach der Groß-Razzia wurden bisher Nichterfaßte bzw. vor der Aktion Geflüchtete von Gestapo und Schutzpolizei gejagt.⁷³ Aus Furcht vor der Verschleppung begingen Dutzende Menschen Selbstmord. Manche nahmen sich noch in den Sammellagern das Leben.⁷⁴ Entgegen den Anordnungen des RSHA kam es von seiten der SS-Männer in manchen Firmen, bei der Einlieferung in die Sammelstätten und beim Verladen zur Deportation, zu tätlichen Übergriffen.⁷⁵

Während die Razzia in Berlin noch andauerte, wurden sowohl hier als auch im Reich bereits die ersten Transporte nach Auschwitz zusammengestellt. Am 1. März 1943 verließen kleinere Transporte u. a. Düsseldorf,⁷⁶ Dortmund,⁷⁷

war. Er selbst wurde am nächsten Tag bei einer Straßenrazzia angehalten, aber nach einer Nacht in der Levetzowstraße freigelassen; Brief Ernst Behrendt vom 2. 3. 1943, in: Hanne Hiob/Gerd Koller (Hrsg.), „Wir verreisen ...“ In die Vernichtung. Briefe 1937–1944, Hamburg 1993, S. 112.

72 Henschel, Arbeit, S. 45 ff.; Bericht anonym (Lausanne Ende 1943), in: Schoenberner/Schoenberner, Zeugen, S. 326 f.; Bericht Frau Kahan, in: Hartung von Doetinchem, Zerstörte Fortschritte, S. 190.

73 Henschel, Arbeit, S. 49; LAB, B Rep. 020, Acc. 1093, Nr. 6937, Bl. 82: 129. Revier Charlottenburg, Einträge Nr. 89–90 vom 28. – 1. 3. 1943.

74 Allein das Tagebuch des 173. Polizeireviers Schöneberg verzeichnete ein Dutzend Selbstmorde in diesen Tagen, darunter jenen der Eheleute Jacoby am 8. 3. 1943, nachdem ihre Mitbewohnerin „evakuiert“ worden war; LAB, B Rep. 20 Acc. 1124, Nr. 6941, Bl. 54–73: Einträge vom 28. 2.–9. 3. 1943. Die jüdische Frau und die als Geltungsjüdin klassifizierte Tochter von Max Buker wurden am 5. März abgeholt und begingen Selbstmord, CJA Berlin, 4.1, Nr. 274, unfol.

75 Bericht Erika Lewin bei Schröder, Gegnerinnen, S. 115. Brief Rudolf aus den Ruthen (Schwarzes Korps) an Brandt (RFSS) am 4. 3. 1943; Abdruck bei Scheffler, Judenverfolgung, S. 69. Vgl. LBI/A New York, Memoir Coll.: „Bericht 23./24. 7. 1958“ von Martha Mosse, S. 13; Adler, Mensch, S. 227 f.

76 Neben ca. 50 Essener Juden wurden Juden aus Düsseldorf deportiert; Berschel, Bürokratie und Terror, S. 363.

77 Frankenthal, Verweigerter Rückkehr, S. 43 f.

Frankfurt am Main,⁷⁸ Stuttgart⁷⁹ und Trier⁸⁰ und in der Nacht vom 2. zum 3. März 200 Personen Bielefeld.⁸¹ Sie wurden wahrscheinlich einem Zug mit 293 Juden aus Dresden sowie Opfern aus anderen sächsischen und thüringischen Städten angeschlossen.⁸² Im schlesischen Gleiwitz stellte man bereits am 28. Februar, in Oppeln Anfang März, einen Transport zusammen. Breslau verließ ein Zug mit Hunderten Juden am 4. oder 5. März.⁸³ Aus Berlin verschleppte man binnen sechs Tagen rund 7000 Menschen. In schneller, fast täglicher Folge verließen nach den bisher vorliegenden Zahlen fünf Transporte die Reichshauptstadt, am 1. März mit 1722 Personen, am 2. März mit 1756, am 3. März mit 1726, am 4. März mit 1120 und am 6. März mit 664 Personen.⁸⁴

Die SS in Auschwitz registrierte in den ersten Märztagen die Ankunft von insgesamt acht Großtransporten. Sieben sind als Transporte des RSHA aus Berlin verzeichnet, ein Transport als aus Breslau, Berlin und anderen Städten stammend.⁸⁵ Ihre Insassenzahlen stimmen aber nicht in jedem Fall mit den bisher für Berlin

- 78 Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden, hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, Frankfurt a. M. 1963, XIII 6, S. 489; Monica Kingreen, Gewaltlos verschleppt aus Frankfurt. Die Deportationen der Juden in den Jahren 1941–1945, in: dies. (Hrsg.), „Nach der Kristallnacht“. Jüdisches Leben und antijüdische Politik 1938–1945 in Frankfurt am Main, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 357–402, hier S. 387.
- 79 Müller, Stuttgart, S. 409; Paul Sauer, Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933–1945, Stuttgart 1969, S. 393. Am gleichen Tag gab es in Baden-Württemberg einen Transport von 44 Personen nach Auschwitz; ebenda.
- 80 Am 1. 3. 1943 wurden 69 Personen „nach unbekannt“ deportiert; Juden in Trier. Katalog einer Ausstellung von Stadtarchiv und Stadtbibliothek März – November 1988, bearb. von Reiner Nolden, Trier 1988, S. 127.
- 81 Joachim Meynert, Was vor der „Endlösung“ geschah. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensberg 1933–1945, Münster 1988, S. 246 und 263.
- 82 Gryglewski, Judenverfolgung in Dresden, S. 138 ff. und 178.
- 83 Jonca, Deportation, S. 156; vgl. Adler, Mensch, S. 228.
- 84 Gedenkbuch Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. „Ihre Namen mögen nie vergessen werden!“, hrsg. Freie Universität Berlin, Berlin 1995, S. 1420; vgl. mit etwas anderen Zahlen: Wolf Gruner, Judenverfolgung in Berlin 1933–1945. Eine Chronologie der Behördenmaßnahmen in der Reichshauptstadt, Berlin 1996, S. 99.
- 85 Am 2. 3. 1943 kamen in Auschwitz zwei Züge mit je 1500 Personen an, am 3. 3. ebenfalls zwei Transporte mit je 1500 Personen (hierin befanden sich auch norwegische Juden). Der 5. Transport der Fabrik-Aktion ist am 4. 3. mit 1750 Insassen registriert worden. Am 5. oder am 6. 3. kam der 6. Zug mit 1128 Personen an, am 5. oder am 6. 3. der 7. Transport, diesmal im Unterschied zu den vorigen aus Breslau, Berlin und

überlieferten Angaben überein. Da keine Einzeltransporte aus westdeutschen Städten in Auschwitz ankamen, muß man annehmen, daß die Gestapo diese Opfer Berliner Transporten anschloß.⁸⁶ Insgesamt hatte die Gestapo im Zuge der Fabrik-Aktion in nur wenigen Tagen 10 948 Jüdinnen und Juden verschleppt, ungefähr zwei Drittel aus Berlin, ein Drittel aus dem übrigen Reichsgebiet.⁸⁷ Das waren 4000 Rüstungsarbeiter weniger, als das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt dem KZ Auschwitz Anfang März allein aus Berlin angekündigt hatte.⁸⁸ Trotz des WVHA-Auftrags, diese in den Buna-Werken in Auschwitz-Monowitz einzusetzen, wurde die Mehrzahl sofort ermordet.⁸⁹

Flucht und Widerstand

Die für den Wehrbezirk III Berlin zuständige Rüstungsinspektion hatte am 27. Februar 1943 vermerkt, daß „der Abzug aller noch im Arbeitsprozeß stehenden Juden“ erfolgt sei und dadurch 11 000 Zwangsarbeiter ausgefallen seien.⁹⁰ Diese Zahl umfaßte aber nicht nur die aus Berlin Deportierten und die aus den

anderen deutschen Städten stammend, mit 1405 Personen. Der 8. Transport der Fabrik-Aktion des RSHA aus Berlin erreichte mit 665 Deportierten am 7. 3. Auschwitz; Danuta Czech, *Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945*, Reinbek bei Hamburg 1989, S. 427–434; Fernschreiben vom 8. 3. 1943 an das WVHA, in: Reinhard Rürup (Hrsg.), *Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“*, Berlin 1989, S. 119.

86 Daher muß die bisher für Berlin als gesichert geltende Zahl von fast 7000 Deportierten als unsicher eingestuft werden, denn es befanden sich auch 400 norwegische Juden in Transporten aus Berlin, außerdem enthielt u. a. der Breslauer Transport eine unbekannte Zahl von Berliner Juden. Nur bei den am 5. bzw. 6. März und am 7. März in Auschwitz angekommenen Transporten aus Berlin stimmen die Zahlen ungefähr überein.

87 Vgl. die entsprechenden Zahlen, BArch Berlin, R 8150, Nr. 69, Bl. 57: RV-Statistik für März 1943. Abdruck in: *Dokumente Frankfurter Juden*, XIII 6, S. 498.

88 Chef des Zentralamts an Höß am 2. 3. 1943; Abdruck bei Jochheim, *Frauenprotest* (1993), S. 122. Vgl. Czech, *Kalendarium*, S. 428.

89 Das WVHA der SS war nicht direkt in die Deportationen involviert und verfügte offensichtlich nur über die oben zitierten, nach den verstärkten Transporten vom Januar und Februar inzwischen veralteten Angaben des SS-Statistikers Korherr von Ende 1942, die für Berlin eine Zahl von 15 100 aufwiesen. Schröder nimmt an, in der Ankündigung seien auch die „Mischehen“ enthalten gewesen; Schröder, *Gegnerinnen*, S. 26.

90 BA-MA Freiburg, RW 20–3, Nr. 3, Bl. 23: *Kriegstagebuch RüIn III* am 27. 2. 1943; Abdruck bei Kwiet, *Pogrom*, S. 592.

Betrieben entfernten, nicht zu deportierenden Juden aus „Mischehen“, sondern offenbar Tausende vor der Razzia geflüchtete Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Planung und Vorbereitung der Aktion hatten dazu geführt, daß unzählige Männer und Frauen von der Gefahr erfuhren und sich entschlossen unterzutauchen. Die Anordnungen des RSHA zirkulierten mehrere Tage lang in Polizei und Verwaltung. Die Gestapo kooperierte sowohl mit der SS und der Schutzpolizei als auch mit der Arbeitsverwaltung und der Wehrmächts-Rüstungsinspektion. Die Firmen waren informiert und der Werkschutz mobilisiert worden. Auch in den Ministerien verfügte man Tage zuvor über genaue Informationen zu „der geplanten Razzia“.⁹¹

Unzählige Menschen waren also über die „Aktion“ informiert, viele warnten potentielle Opfer. Der bei der Fa. Naumann Berlin als Zwangsarbeiter beschäftigte Walter Besser erinnerte sich, daß Wehrmächsangehörige, die die Rüstungsproduktion inspizierten, ihn Mitte Februar 1943 ansprachen: „Es tut uns leid, daß alle Juden abgeholt werden. [...] Haben Sie denn nicht die Möglichkeit, irgendwo unterzutauchen?“ Nach vierzehn Tagen kamen sie wieder und hatten dank guter Beziehungen zur Gestapo den Termin herausgefunden: „Sie müssen innerhalb von drei Tagen weg. An [...] dem Tag ist die große Aktion. Das ist der 27. Februar.“⁹² Walter Besser tauchte unter und überlebte. Zwangsarbeiter erhielten den konkreten Tip in den meisten Fällen von Arbeitern, Meistern, Angestellten oder Ingenieuren in den Firmen,⁹³ vereinzelt sogar

91 In einem kirchlichen Schreiben von Anfang März 1943 hieß es: „Streng vertraulich wurde einem unserer Herren aus einem Ministerium mitgeteilt, daß noch vor einer Woche auf eine Anfrage hin von der SS-Führung geantwortet worden sei, daß bei der geplanten Razzia die ‚Mischehen‘ nicht einbezogen würden“; Abdruck des undat. Schreibens in: Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, Bd. VI: 1943–1945, bearb. von Ludwig Volk, Mainz 1985, Dok. 817, S. 19 ff. Den Hinweis auf diese Quellen verdanke ich Rainer Decker.

92 Interview des Autors mit Walter Besser am 2. 4. 1990, S. 13. In einem publizierten Bericht Bessers ist hingegen das Untertauchen für den 15. 2. angegeben, offenbar ist aber der 25. 2. gemeint, vgl. Wolfgang Herzberg, Überleben heißt Erinnern. Lebensgeschichten deutscher Juden, Berlin/Weimar 1990, S. 239–242.

93 Eine Schulfreundin von Susanne Veit erfuhr ein bis zwei Tage vorher, daß die Abholung bei Siemens bevorstehe, LBI/A New York, AR 7183, Max Kreutzberger Research Papers, Box 8, Folder 2: „Untergetaucht“ von Susanne Veit, S. 2; vgl. auch Kaplan, Dignity, S. 202. In der Datenbank des am Zentrum für Antisemitismusforschung (TU Berlin) durchgeführten Forschungsprojektes über die Rettung von Juden in der NS-Zeit finden sich viele Hinweise auf solche Warnungen. Ich danke Beate Kosmala für diesen Hinweis.

von der Polizei⁹⁴ oder aus der SS.⁹⁵ Tagelang kursierten bereits Gerüchte über bevorstehende „Maßnahmen gegen Juden in Berlin“, so ein damaliger Mitarbeiter der Jüdischen Gemeinde: „Polizeibeamte ließen sich vorsichtig darüber aus, daß am 27. und 28. 2. 43 Aktionen stattfinden würden.“⁹⁶ Viele hörten auf die Warnungen und flüchteten, manche gingen zunächst am Tage der Aktion nicht zur Arbeit. Auch Zufälle spielten eine Rolle.⁹⁷ Einige konnten noch entkommen, während die Gestapo die Firmen durchsuchte.⁹⁸

Propagandaminister Goebbels, und sicher nicht nur er, ärgerte sich entsprechend: „Daß die Juden an einem Tage verhaftet werden sollten, hat sich [...] als Schlag ins Wasser herausgestellt. Im ganzen sind wir 4000 Juden dabei nicht habhaft geworden. Sie treiben sich jetzt wohnungs- und anmeldungslos in Berlin herum und bilden natürlich für die Öffentlichkeit eine große Gefahr.“⁹⁹ Daß so viele Juden untertauchten, widerspricht dem immer noch verbreiteten Bild, daß sie sich „wie die Schafe zur Schlachtbank“ hätten führen lassen. Wenn 4000 als verschwunden galten und 7000 deportiert wurden, bedeutet das: Jeder Dritte der in Berlin für die Deportation Bestimmten hatte sich der Verschleppung entzogen. Damit hatten die Opfer selbst die größte Aktion gegen die Verfolger unternommen, und zwar mit Hilfe vieler Berliner Nichtjuden. Die Gründung der Widerstandsgruppe „Chug Chaluzi“ noch am Abend des 27. Februar symbolisiert dies überdeutlich. Selbst untergetaucht, schlossen Juden sich zusammen, um anderen „Illegalen“ zu helfen.¹⁰⁰ Wurden später auch viele

94 LAB, Rep. 057-01, Nr. R34/34, Bl. 1: Zeugenvernehmung vom 26. 3. 1965 (Bovensiepen-Prozeß).

95 Michael Degen, Nicht alle waren Mörder. Eine Kindheit in Berlin, München 2001, S. 23. Für den Hinweis auf diesen Bericht danke ich Thomas Jersch, Berlin.

96 AS LG Berlin, 3 P Ks 1/71, Bd. XXXVI, Bl. 94: Vernehmung Karl Hefter vom 3. 2. 1956, S. 1; vgl. ebenda, Bd. XVIII, Bl. 20: Vernehmung Otto Fried vom 13. 4. 1966; vgl. Degen, Mörder, S. 24.

97 G. Fabian blieb an diesem Tag zu Hause, da er sich am Tag zuvor über die niedrige Lohnzahlung geärgert hatte, seine Verlobte und deren Angehörige, die zur Zwangsarbeit gingen, wurden deportiert; Interview des Autors mit G. Fabian am 22. 1. 1991 in Berlin, S. 5.

98 Bericht Kurt Lindenberg, in: Schoenberner/Schoenberner, Zeugen, S. 319–322.

99 Tagebücher Goebbels, Teil II, Bd. 7, S. 528: Eintrag vom 11. 3. 1942.

100 Bericht Edith Wolff bei Kroh, David kämpft, S. 111; vgl. Christine Zahn, „Nicht mitgehen, sondern weggehen!“ Chug Chaluzi – eine jüdische Jugendgruppe im Untergrund, in: Werner Vathke/Wilfried Löhken (Hrsg.), Juden im Widerstand. Drei Gruppen zwischen Überlebenskampf und politischer Aktion 1939–1945, Berlin 1993, S. 159–205.

der Geflüchteten von der Gestapo gefaßt, so gelang es doch einem beachtlichen Teil, sich bis zum Kriegsende zu retten und so zu überleben.

Die Juden aus „Mischehen“ und die Internierung in der Rosenstraße

Am Tag der Groß-Razzia waren auch die jüdischen Zwangsarbeiter, die in „Mischehen“ lebten, aus den Industriebetrieben entfernt worden. Viele verstanden das damals als klares Signal, daß diese Gruppe ebenfalls deportiert werden sollte. Viktor Klemperer hatte am Tag der Fabrik-Aktion notiert, daß ihn „Lewinsky von der Jüdischen Gemeinde“ verzweifelt gewarnt habe: „Wir werden alle hinbestellt und gleich festgehalten – auch die Privilegierten.“¹⁰¹

Über das Schicksal der „arisch versippten“ Juden diskutierte man in der NS-Führung seit langem ohne Ergebnis.¹⁰² Seit dem Beginn der Massentransporte im Oktober 1941 wurden sie von den Deportationen „vorläufig“ ausgenommen.¹⁰³ Auf der „Wannsee-Konferenz“ erörterte RSHA-Chef Reinhard Heydrich am 20. Januar 1942 „zunächst theoretisch“ die Deportation der Juden aus „Mischehen“ nach Einzelfallentscheidung. Doch fehlte der NS-Führung hierfür ein Gesetz über die Zwangsscheidung dieser Ehen als pseudolegale Grundlage.¹⁰⁴ Wie bei der Politik gegenüber den „Mischlingen“ wollte man indes Unruhe in der „deutschblütigen“ Bevölkerung während des Krieges vermeiden,¹⁰⁵ deshalb

101 Klemperer, Tagebücher 1942–1945, S. 335 f.: Eintrag vom 27. 2. 1943.

102 Vgl. Hilberg, Vernichtung, S. 437–449; Uwe-Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972, S. 322–326; Adler, Mensch, S. 287 f.

103 Wolf Gruner, Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen. Zur wechselseitigen Dynamisierung von zentraler und lokaler Politik 1933–1941, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 75–126, hier S. 75.

104 Protokoll der Wannsee-Konferenz vom 20. 1. 1942, in: Kurt Pätzold/Erika Schwarz, Tagesordnung: Judenmord. Die Wannseekonferenz am 20. Januar 1942. Eine Dokumentation zur Organisation der „Endlösung“, Berlin 1992, Dok. Nr. 24, S. 109 ff. Zu den Zielen ebenda, S. 44 ff. Longerich betont, daß es bei den Ausführungen Heydrichs um langfristige Projekte, nicht um aktuelle Praxis ging; Peter Longerich, Die Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942. Planung und Beginn des Genozids an den europäischen Juden, Berlin 1998, S. 46. Stoltzfus und Schröder nehmen dagegen diese Überlegungen zu den „Mischehen“ als bereits gefällte Entscheidung; Stoltzfus, Aufstand, S. 235 f.; Schröder, Gegnerinnen, S. 48.

105 Wolf Gruner, Die NS-Führung und die Zwangsarbeit für sogenannte jüdische Mischlinge. Ein Einblick in Planung und Praxis antijüdischer Politik in den Jahren 1942 bis 1944, in: Manfred Weißbecker/Reinhard Kühnl, Rassismus, Faschismus, Antifaschismus, Köln 2000, S. 63–79.

wurde trotz mehrerer Sitzungen die Frage der Zwangsscheidung Ende 1942 schließlich auf Eis gelegt.¹⁰⁶ Damit fiel aber zugleich die von der NS-Führung noch als notwendig angesehene Voraussetzung weg, die Gruppe der Juden aus „Mischehen“ deportieren zu können.¹⁰⁷

Zu Beginn des Jahres 1943 lebten insgesamt 16 760 Juden in „Mischehen“ im „Altreich“, davon die Hälfte in Berlin, nämlich rund 6000 in „privilegierten Mischehen“ und ungefähr 2800 in „nichtprivilegierten Mischehen“.¹⁰⁸ Alle vorliegenden Dokumente weisen darauf hin, daß die Deportation dieser Menschen kein Ziel der Fabrik-Aktion gewesen ist. Für die letzte große Deportationswelle galten die RSHA-Richtlinien vom 20. Februar, die vorsahen, daß Juden in „Mischehen“, vom Kennzeichenzwang befreite jüdische Ehegatten nicht mehr bestehender „Mischehen“ sowie „Geltungsjuden“ ausdrücklich von den Transporten auszunehmen seien.¹⁰⁹ Für die Fabrik-Aktion hatte das RSHA angeordnet: „Soweit keine Gründe vorhanden sind, die eine Inhaftierung des in Mischehe lebenden jüdischen Ehepartners rechtfertigen, sind diese in ihre Wohnung zu entlassen. Sie dürfen auf keinen Fall wieder in diese[m] oder eine[m] anderen Betrieb beschäftigt werden. Über ihre weitere Verwendung ergeht noch Anweisung.“¹¹⁰ Sie waren also aus der Industrie zu entfernen, sollten jedoch nicht deportiert werden. Folgerichtig bekam Viktor Klemperer in Dresden schon am 28. Februar 1943 einen Brief von Lewinsky, er möge sich nicht sorgen, „die gegenwärtige Aktion gelte *nicht* den Mischehen“.¹¹¹

In Berlin stellte sich die Lage auf den ersten Blick anders dar. Am 2. März 1943 erhielt Kardinal Bertram, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonfe-

106 Zu den Sitzungen im März und Oktober 1942 vgl. Hilberg, Vernichtung, S. 440–449. Dagegen gibt Stoltzfus an, auf der Oktober-Sitzung habe man sich geeinigt, diese Ehen zu trennen und die Eheleute zu deportieren, was jedoch nichts über die Umsetzung eines Beschlusses aussagt; Stoltzfus, Aufstand, S. 263.

107 Vgl. diese Meinung auch bei Hilberg, Vernichtung, S. 449.

108 LBI/A New York, Microfilms: Wiener Library, 500 series, Nr. 526: Inspekteur für Statistik beim RFSS, Stand I. I. 1943 „Die Endlösung der europäischen Judenfrage“ (I. Korherr-Bericht), S. 6. Die „Mischehe“-Zahlen für Berlin stammen von Anfang 1942. Da sie nicht deportiert wurden, müßte die Zahl konstant geblieben sein, BArch Berlin, R 8150, Film 52407–23, Bl. 152: Zahl der Juden in Berlin, Stand 31. I. 1942 (RV-Statistik).

109 BArch Berlin, Zeitgeschichtliche Sammlung 138, unfol; Teilabdruck bei Adler, Mensch, S. 199 f.

110 Abdruck im Anhang.

111 Klemperer, Tagebücher 1942–1945, S. 337: Eintrag vom 28. 2. 1943.

renz,¹¹² in Breslau einen detaillierten Bericht über die Ereignisse: „Am Sonnabend, dem 27. Februar, setzte in Berlin eine Evakuierung ein in einem Ausmaß und mit einer Härte, wie sie in Berlin bisher nicht erlebt worden war. Innerhalb von zwei Tagen wurden ca. 8000 Nichtarier abgeholt ohne Rücksicht darauf, ob sie schon lange – oft schon seit Jahrzehnten – getauft worden waren; aber vor allem dieses Mal ohne Rücksicht darauf, ob sie in einer Mischehe leben oder nicht; auch die christlichen Mischehen sind auf diese Weise gewaltsam getrennt worden. Alle Bemühungen der arischen Ehegatten und der halbarischen Kinder, den nichtarischen Gatten bzw. Elternteil freizubekommen, sind vergeblich. [...] Soweit wir feststellen konnten (streng vertraulich), sind die aus Mischehen Abgeholt bis zum Montagabend noch nicht in die Evakuierungstransporte eingegliedert worden.“¹¹³ Noch am selben Tag bat Kardinal Bertram den Berliner Bischof Wienken, „namens [des] gesamten Episkopats mündlich Protest“ bei mehreren Ministerien, der Reichskanzlei und dem Reichssicherheitshauptamt einzulegen.¹¹⁴

Was war passiert? Galten die RSHA-Anweisungen in der Hauptstadt nicht? Gab es hier eine Sonderaktion, um die Juden aus „Mischehen“ zu deportieren?¹¹⁵ Da weder die Kirche noch die Betroffenen und deren Angehörige etwas über die wirklichen Pläne der Verfolger wußten, mußten sie von einer bevorstehenden Deportation ausgehen. Doch die Berliner Gestapo achtete darauf, daß die bei der Razzia festgenommenen „Geltungsjuden“ und Juden, die in „Mischehe“ lebten, nach ihrer Ankunft in den Sammellagern von den zu Deportierenden stets getrennt wurden.¹¹⁶ In der Kaserne Rathenowstraße mußte

112 Zu Bertram vgl. Heinz Hürten, *Deutsche Katholiken 1918–1945*, Paderborn 1992.

113 Schreiben von Margarete Sommer, Leiterin des „Hilfswerks (für jüdische Katholiken) beim Bischöflichen Ordinariat Berlin“ (ca. vom 2. 3. 1943), in: *Akten deutscher Bischöfe*, Bd. VI: 1943–1945, Dok. 817, S. 19 ff.

114 Telegramm vom 2. 3. 1943, in: ebenda, S. 21, Anm. 3. Er selbst richtete parallel schriftliche Eingaben an dieselben NS-Institutionen; Schreiben vom 2. 3. 1943, in: ebenda, Dok. 818, S. 21 ff.

115 So die Grundthese bei Stoltzfus, *Aufstand*.

116 Henschel, *Arbeit*, S. 47 f. Zur Synagoge Levetzowstraße: AS LG Berlin, Js 9/65, ZH 110, Bl. 11–12: Vernehmung Curt Radlauer vom 10. 11. 1966; ebenda, 3 P Ks 1/71, Bd. XII, Bl. 89–90: Vernehmung Julius Coper vom 1. 11. 1965; ebenda, Bl. 80: Vernehmung Kurt Block vom 28. 10. 1965; ebenda, Bd. XVIII, Bl. 37: Vernehmung Rudolf Schwersensky vom 15. 4. 1966; Bericht Schwersensky bei Schulle, *Männer*, S. 163; vgl. Bericht Rosenthal, zit. ebenda, S. 164; Bericht Löwenstein; Schröder, *Gegnerinnen*, S. 174; vgl. Stoltzfus, *Aufstand*, S. 295. Zum „Clou“: Bericht Groß bei Schulle, *Männer*, S. 163. Weitere Belege im Aufsatz von Beate Meyer in diesem Band.

jeder „einzelne an einen langen Tisch herantreten und wurde dort von einem Gestapo-Beamten genauestens kontrolliert“. ¹¹⁷ In der Hermann-Göring-Kaserne teilte man den auf diese Weise Ausgewählten offiziell, so erinnert sich Otto Fried, „daß wir von der Evakuierung ausgenommen würden“. ¹¹⁸ Einige kamen gleich oder in den nächsten Tagen frei. ¹¹⁹ Die meisten wurden allerdings in ein Verwaltungsgebäude der Jüdischen Gemeinde gebracht. Ein Überlebender erinnerte sich: „Die hatten dann eine Gruppe zusammen und sagten, daß wir nach Hause gehen könnten. Wir wurden aber auf Lastwagen verladen. Dann kamen wir in die Rosenstraße. In der Rosenstraße war die SS. Sie sagten uns, wir seien nur zur Untersuchung da.“ ¹²⁰

Bisher war aufgrund von Überlebendenberichten geschätzt worden, daß die Gestapo schließlich 1500 bis 2000 Menschen in der Rosenstraße 2–4 interniert habe. ¹²¹ Dies wird erstmals durch eine zeitgenössische Quelle erhärtet. In

117 AS LG Berlin, Js 9/65, ZH 75, Bl. 6: Vernehmung von Gerda Kühnel am 30. 9. 1966. Vgl. mit differierender Darstellung Cohn bei Kwiet, Pogrom, S. 595; vgl. Jochheim, Frauenprotest 1993, S. 122 f.

118 AS LG Berlin, 3 PKs 1/71, Bd. XVIII, Bl. 21: Vernehmung Otto Fried vom 13. 4. 1966. Ähnliche Schilderung bei Stoltzfus, Aufstand, S. 295. Vgl. Bericht Erika Lewin bei Schröder, Gegnerinnen, S. 116 f.; Regina Girod/Reiner Lidschun/Otto Pfeiffer, Nachbarn. Juden in Friedrichshain, hrsg. v. Kulturring in Berlin e. V., Berlin 2000, S. 66.

119 Faksimile eines Entlassungsscheins (Clou) vom 28. 2. 1943, in: Rivka Elkin, Das jüdische Krankenhaus in Berlin zwischen 1938 und 1945, Berlin 1993, S. 50; Tagebuch Becker, in: Angela Martin/Claudia Schoppmann, „Ich fürchte die Menschen mehr als die Bomben.“ Aus den Tagebüchern von drei Berliner Frauen 1938–1946, Berlin 1996, S. 41 f.; Bericht Makower bei Ball-Kaduri, Berlin, S. 211 f.; Bericht Kirchner bei Herzberg, Überleben, S. 370 f.; Bericht Selbiger, in: Jüdisches Leben in Pankow. Eine zeitgeschichtliche Dokumentation, hrsg. v. Bund der Antifaschisten Berlin-Pankow e. V., Berlin 1993, S. 118; Bericht Rita Kuhn bei Alison Owings, Frauen. German Women Recall the Third Reich, New Brunswick 1995, S. 459 f. Weitere Belege siehe Aufsatz von Beate Meyer in diesem Band.

120 Gespräch mit K. A., in: Zehn Brüder waren wir gewesen, S. 405 f. Aus dem Lager Große Hamburger Straße überwies die Gestapo nach einigen Tagen etwa 150–200 „Geschützte“ in die Rosenstraße; Bericht Alfred Wagner bei Schulle, Männer, S. 163; Jochheim, Frauenprotest 1993, S. 13 und 145.

121 Jochheim, Frauenprotest 1993, S. 13, schätzte zunächst 1500 Männer und Frauen. Er erhöhte diese Zahl später auf bis zu 2000 Menschen; ders./Rösler, Die Rosenstraße, S. 24. Stoltzfus gab zuerst 1500 bis 2000 Gefangene an: Stoltzfus, „Jemand war für mich da“. Der Aufstand der Frauen in der Rosenstraße, in: Die Zeit vom 21. 7. 1989. Zuletzt geht Stoltzfus von 1700 Personen aus, die alle „Mischlinge“ waren oder in „nichtprivilegierten Mischehen“ lebten; zugrunde legt er dabei die für 1942 überlieferte Zahl von 1400 Juden in „nichtprivilegierten Mischehen“, Stoltzfus, Aufstand, S. 401 f.

einem Vermerk vom 7. März 1943 bezifferte die Reichsvereinigung die Zahl der Insassen auf ca. 2000.¹²² Somit waren also keineswegs alle Berliner Juden aus „Mischehen“, insgesamt weit über 8000 Menschen,¹²³ verhaftet worden, sondern offenbar vor allem die in der Rüstungsindustrie als Zwangsarbeiter Beschäftigten. Dieser Umstand und die aufwendige Trennung in den Sammelagern sprechen dagegen, daß es eine Berliner Sonderaktion gegen alle jüdischen „Mischehe“-Partner gegeben hat, aber auch gegen eine Internierung aus Versehen.¹²⁴ Auch die folgende, bisher kaum beachtete Quelle widerlegt dies klar. Bischof Wienken berichtete Kardinal Bertram am 4. März 1943 über eine persönliche „Aussprache“ mit Adolf Eichmann. Der habe soeben versichert: „1. Die nichtarischen Katholiken in rassischen Mischehen werden von der Abwanderungsaktion nicht erfaßt. Das gilt auch für den Fall, daß die Ehe kinderlos ist. [...] 3. Die in Berlin Ende voriger Woche von den Arbeitsstätten und zum Teil auch aus den Familien abgeholt nichtarischen Katholiken rassisch gemischter Ehen werden wieder freigelassen.“¹²⁵

Wenn man ihre Deportation nicht plante, was war dann der Grund für die Internierung so vieler Menschen in der Rosenstraße? In jedem Fall sollten Zweifelsfragen, die ihre Klassifizierung als „Geltungsjuden“ und Juden in „Mischehen“ betrafen, von der Gestapo geklärt werden. Das hatte, wie aus einer Aktennotiz der Reichsvereinigung hervorgeht, das RSHA befohlen.¹²⁶ Hildegard Henschel berichtete nach dem Krieg, daß die Überprüfung der „arisch Versippten“ in der Rosenstraße von der Gestapo „nach den geltenden Gesetzen gewissenhaft durchgeführt“ worden sei.¹²⁷ Offenbar kam es in diesem Zusammenhang bereits seit dem 1. März auch hier zu vereinzelt Entlassungen.¹²⁸

122 Das Dokument fand die Hamburger Historikerin Beate Meyer. Vgl. ihren Aufsatz in diesem Band.

123 Vgl. Anm. 108.

124 Vgl. die gleiche Auffassung zur Bedeutung der Absonderung im Aufsatz von Beate Meyer in diesem Band sowie abgeschwächt bei Schröder, *Gegnerinnen*, S. 38.

125 Abdruck in: *Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche*, Bd. VI, Dok. 820, S. 25.

126 BA Berlin, R 8150, Nr. 50, Bl. 417 u. RS: RV-Notiz Nr. 243 über Rücksprache im RSHA am 9. 3. 1943.

127 Henschel, *Arbeit*, S. 50.

128 Berichte Wolfgang Rosenthal, Kurt Blaustein und Werner Goldberg bei Stoltzfus, „Jemand war für mich da“, S. 12; ders., *Aufstand*, S. 306. Der Vater von Erika Lewin kam noch vor dem Bombenangriff frei. Sie selbst wurde am 5. 3. entlassen, Bericht bei Schröder, *Gegnerinnen*, S. 118–122. Vgl. Faksimile Entlassungsschein vom 5. 3. 1943 aus dem „Sammellager Rosenstraße“; ebenda, nach S. 96.

So wurde der Vater von Anneliese Bach „nach einigen Tagen“, nachdem sie „die Papiere über die Mischehe“ vorgelegt hatte, wieder freigelassen.¹²⁹

Die Überprüfung des „Rassenstatus“ kann jedoch nicht der alleinige Grund für die Internierung gewesen sein, denn in die Rosenstraße kamen keineswegs alle jüdischen Partner aus „Mischehen“, außerdem handelte es sich überwiegend um Männer.¹³⁰ Den Hauptgrund für ihre tagelange Festsetzung hat die Forschung bisher übersehen: Die Gestapo wollte unter ihnen neues Personal für die jüdischen Einrichtungen auswählen. Das RSHA plante, nach Abschluß der letzten Deportationswelle nur noch eine reduzierte Verwaltung für die Betreuung der wenigen verbleibenden Juden zuzulassen. Juden aus „Mischehen“ sollten die noch bei den jüdischen Institutionen tätigen und hierdurch bislang „geschützten Volljuden“ ersetzen, um letztere deportieren zu können. Daß überwiegend Männer, sowohl aus „privilegierten“ wie „nichtprivilegierten Mischehen“, interniert wurden, hing mit ihrer künftigen Verwaltungstätigkeit zusammen, die damals meist von Männern ausgeübt wurde.¹³¹

Anderswo konnte altes Personal durch einige Dutzend Menschen „aus dem Kreise der in Mischehen lebenden Juden“ ohne Aufwand ersetzt werden. In Hamburg organisierte das beispielsweise das dortige Arbeitsamt.¹³² In der Reichshauptstadt hatte der Vorgang jedoch eine viel größere Dimension: Da hier der Sitz der Reichsvereinigung und der größten Kultusgemeinde Deutschlands war, ging es um Hunderte Neueinzustellende. Obwohl seit 1941 mehrmals Personal entlassen bzw. deportiert worden war,¹³³ beschäftigte Ende Ja-

129 CJA Berlin, 4.1, Nr. 56, unfol.: Schreiben vom 2. 8. 1946.

130 Bericht Hans Reichow bei Horst Helas, *Juden in Berlin-Mitte. Biografien, Orte, Begegnungen*, hrsg. v. Verein zur Vorbereitung einer Stiftung Scheunenviertel Berlin e. V., Berlin 2000, S. 210; vgl. Jochheim, *Frauenprotest 1993*, S. 124. Angeblich seien vor allem „nichtprivilegierte Mischehen“ interniert worden, deshalb seien so wenig Frauen im Lager gewesen; Stoltzfus, *Aufstand*, S. 401 f.; Schröder, *Gegnerinnen*, S. 48. Doch auch wenn man dies annimmt, hätte der Anteil der Frauen viel höher sein müssen. Selbst wenn weniger Frauen als Männer aus „Mischehen“ in der Industrie tätig waren, da sie öfter als „privilegiert“ eingestuft wurden, ist der geringe Anteil von wenig mehr als hundert Frauen bei weit mehr als tausend Männern nicht schlüssig.

131 Lediglich im Sozial- und Gesundheitswesen sowie als Schreibkräfte arbeiteten damals gewöhnlich Frauen.

132 BArch Berlin, R 8150, Nr. 51, Bl. 233; Jüd. Religionsverband Hamburg (Plaut) an RV am 12. 3. 1943.

133 Zu Beginn des Jahres 1941 befahl das RSHA drastischen Personalabbau, 1942 wurden mehrmals Hunderte von Mitarbeitern verschleppt. Mit der sog. Gemeindeaktion deportierte man im Oktober 1942 von noch 1500 Mitarbeitern 533; Gruner, *Reichshauptstadt*, S. 246–251.

nuar 1943 die Berliner Jüdische Gemeinde noch 816 Mitarbeiter, die Reichsvereinigung 174, zusammen waren das fast 1000 Menschen, von denen zumindest ein Teil ersetzt werden mußte.¹³⁴ Weil wegen der nach der Groß-Razzia unbrauchbar gewordenen Kataster die Gestapo sonst wochenlang nach Ersatz hätte suchen müssen, bot die Internierung von 2000 Menschen in der Rosenstraße die beste Möglichkeit, kurzfristig Hunderte Personen für eine Tätigkeit bei jüdischen Stellen zu rekrutieren. Die Gestapo ließ damals über den Austausch und den bevorstehenden Abtransport der alten Mitarbeiter nichts verlauten. Sie hatte aus der Erfahrung vom Oktober 1942 gelernt, als nach der Ankündigung, daß rund 500 Angestellte der Berliner Jüdischen Gemeinde deportiert werden würden, zwanzig Mitarbeiter geflüchtet waren.¹³⁵

Während der ersten Tage wählte die Gestapo in der Rosenstraße einige der Internierten für kleinere Einzelaufgaben aus, u. a. zehn Männer als Gepäckträger für die noch laufenden Verhaftungen,¹³⁶ bevor sie dann in größerem Umfang zukünftiges Personal für jüdische Einrichtungen durch Hausrundgänge ermittelte. Walter Dobberke (Gestapo Berlin) und Selmar Neumann (Jüdisches Krankenhaus) suchten um den 3. März herum unter den Internierten nach geeigneten Beschäftigten für das Hospital.¹³⁷ Ab dem 5. März häuften sich die Entlassungen.¹³⁸ Die große Welle der Freilassungen begann aber wohl am 6. März. Die Deportation von fast 7000 Berlinern innerhalb von nur sechs Tagen hatte offensichtlich einen solch enormen organisatorischen Aufwand erfordert, daß sich die Gestapo erst nach der Abfertigung des letzten Auschwitz-Transports

134 BArch Berlin, R 8150, Nr. 51, Bl. 4: Notiz ü. Mitarbeiterstand JKV Berlin am 31. 1. 1943; CJA Berlin, Diverses JKV Berlin, unfol.: Reorganisationsplan für RV und JKV Berlin vom 31. 1. 1943. Für den Hinweis auf diese Quelle danke ich Thomas Jersch, Berlin.

135 Gruner, Reichshauptstadt, S. 246–251.

136 AS LG Berlin, 3 P Ks 1/71, Bd. XII, Bl. 82–83: Vernehmung Kurt Block vom 28. 10. 1965. Kurt Block mußte zunächst in dieser Abholkolonne arbeiten, wurde später dann zum RSHA Baurtrupp Kurfürstenstraße abgestellt; CJA Berlin, Diverses JKV Berlin, unfol.: Stellenplan JKV Berlin vom 1. 4. 1943.

137 Erich Munter und Günther Rischkowsky mußten sich nach ihrer späteren Entlassung dort zur Arbeit melden; AS LG Berlin, 3 P Ks 1/71, Bd. XXXIII, Bl. 187: Vernehmung Erich Munter vom 26. 10. 1967, S. 4; Bericht bei Hartung von Doetinchem, Zerstörte Fortschritte, S. 200 f.

138 Mehrere Entlassungen am 5. 3. 1943 fanden sich bei der Durchsicht der Buchstaben B, F, L, P und R in: CJA Berlin, 4.1. So konnte Fryderyka Baumbach, am 1. 3. verhaftet, damals Jüdin in „Mischehe“, das Lager an diesem Tag verlassen; ebenda, Nr. 105, unfol.

der neuen Aufgabe vollständig zuwenden konnte. Doch auch dann zog sich die Auswahl des Ersatzpersonals noch über mehrere Tage hin. Offenbar kam es jetzt zu den Hofappellen, die mehrere Überlebende bezeugen.¹³⁹ Curt Radlauer berichtete später: „Noch in der Rosenstr. wurde ich anlässlich eines Appells auf dem Hof von dem Gestapobeamten Prokop gefragt, was ich von Beruf bin und ob ich von Grundstücksverwaltung und Hypothekenrecht etwas verstehe. Als ich dies bejahte, forderte er mich auf, mich für eine derartige Tätigkeit bei der Jüdischen Gemeinde in der Oranienburger Straße bereitzuhalten. Ich erhielt in den darauffolgenden Tagen einen schriftlichen Bescheid mit der Unterschrift des Prokop, meine Tätigkeit aufzunehmen. Ich wurde aus dem Lager Rosenstr. entlassen und meldete mich mit dem Schreiben bei der Jüdischen Gemeinde und nahm meine Tätigkeit dort auf.“¹⁴⁰

Bis zum 8. März kamen nach und nach viele Internierte frei.¹⁴¹ Offenbar vor allem zuerst diejenigen, die nicht für eine Tätigkeit in den jüdischen Einrichtungen ausgesucht wurden. Sie mußten sich danach erst bei der „Zentralen Dienststelle für Juden“ des Berliner Arbeitsamtes zur Zwangsarbeit melden, ehe sie neue Lebensmittelkarten erhielten.¹⁴² Alle Entlassenen befanden sich in einer desolaten psychischen und körperlichen Verfassung. Sie hatten über eine Woche in völlig überfüllten Räumen zugebracht, sich weder waschen noch richtig schlafen können.¹⁴³

139 AS LG Berlin, 3 P Ks 1/71, Bd. XII, Bl. 91: Vernehmung Julius Coper vom 1. 11. 1965. Der Vater von Lilo Merten erinnerte sich an einen Hofappell. Es hieß „Aufstellen! Durchzählen!“ All denen, die vortreten mußten, wurde befohlen: „Morgen früh trittst Du hier an! Oranienburger Straße“; Bericht Lilo Merten, in: Schröder, Gegnerinnen, S. 260. Beschäftigt wurde Leo Merten, damals in „Mischehe“ lebend, in der Abteilung Gesamtarchiv, CJA Berlin, Diverses JKV Berlin, unfol.: Stellenplan JKV Berlin vom 1. 4. 1943.

140 AS LG Berlin, Js 9/65, ZH 110, Bl. 11–12: Vernehmung Curt Radlauer vom 10. 11. 1966; vgl. ebenda, Bl. 1–2: Vernehmung dess. vom 4. 5. 1965. Radlauer war dann in der Rechts- und Abwicklungsstelle tätig, CJA Berlin, Diverses JKV Berlin, unfol.: Stellenplan JKV Berlin vom 1. 4. 1943.

141 Bei der Durchsicht Hunderter Personenakten (Buchstaben B, F, L, P und R) fanden sich viele Entlassungsdaten vom 6. bis 8. 3. 1943, CJA Berlin, 4. 1. Vgl. Faksimile zweier Entlassungsscheine vom 7. 3. 1943 bei Schröder, Gegnerinnen, zwischen S. 215 und 216.

142 Vermerk „Keine Ausgabe von Lebensmittelkarten“ auf Entlassungsschein v. 5. 3. 1943, Faksimile in Girod/Lidschun/Pfeiffer, Nachbarn, S. 69; vgl. Jochheim, Frauenprotest 1993, S. 134.

143 Stoltzfus, Aufstand, S. 335.

Am 9. März wurden die Ausgesuchten vom Lager Rosenstraße zur Jüdischen Gemeinde gebracht. Genaueres über das Prozedere verrät eine Aktennotiz der Reichsvereinigung. Kurt Levy berichtete noch am Nachmittag des 9. März dem RSHA: „Es waren am 6. März 1943 im Sammellager Rosenstraße 302 Ersatzkräfte ausgewählt worden, die aber nicht durchweg den Anforderungen der RV genügten. Von der Lagerführung sind nachträglich noch weitere Ersatzkräfte zur Auswahl gestellt worden, so daß am 9. 3. 1943 morgens rund 320 Personen von der Rosenstraße zur Oranienburgerstraße 29 geschickt wurden, damit sie dort im einzelnen auf ihre Eignung für die in Betracht kommenden Dienststellen geprüft werden.“ Bis gegen 13 Uhr habe man, so Levy, rund 190 Ersatzkräfte ausgewählt. Es seien zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht alle Personen überprüft gewesen. Es fehlten noch Arbeitskräfte für die Bauabteilung der Bezirks-Stelle Berlin, ferner Pflegekräfte für das Gesundheitswesen, Stenotypistinnen sowie Ersatzkräfte für das RSHA Amt VII. Levy vermutete, daß aus dem Rest, der noch zu prüfen war, etwa noch 20 Ersatzkräfte in Betracht kamen. Amtmann Fritz Woehr (RSHA/IVB₄A) befahl der Reichsvereinigung, den Austausch auf 225 Personen zu begrenzen und die „Ersatzgestellungen“ strikt auf „Juden in Mischehen bezw. bei aufgelöster Mischehe [auf] vom Kennzeichnungszwang befreit[e], ferner auf Geltungsjuden in Hausgemeinschaft mit dem arischen Elternteil (falls nicht mit einem Juden verheiratet)“ zu beschränken.¹⁴⁴

Ein Abgleich bisher unbekannter Personallisten der Jüdischen Gemeinde Berlin vom 31. Januar und vom 1. April 1943 erlaubt einen noch genaueren Einblick in diese Reorganisation: Nach der Fabrik-Aktion wurden beispielsweise in der Beitrags- und Gebührenstelle der Gemeinde acht in „Mischehen“ lebende Männer und eine Frau sowie eine „Geltungsjüdin“ neu eingestellt. In der Abteilung „Gesamtarchiv“ arbeiteten jetzt sieben Männer aus „Mischehen“, von ihnen war nur einer vorher dort tätig gewesen.¹⁴⁵ Auch für die Reichsvereinigung wählte man neues Personal aus dem Kreise der Internierten aus,¹⁴⁶

144 BArch Berlin, R 8150, Nr. 50, Bl. 417 u. RS: RV-Notiz Nr. 243 über Rücksprache im RSHA am 9. 3. 1943.

145 Nach Stellenplan JKV Berlin vom 1. 4. 1943 und Mitarbeiterstand JKV Berlin (Namensliste) vom 31. 1. 1943 vom Autor errechnet, CJA Berlin, Diverses JKV Berlin, unfol. Für den Hinweis auf diese Quellen danke ich Thomas Jersch, Berlin.

146 Ball-Kaduri, Berlin, S. 226; AS LG Berlin, Bovensiepen-Prozeß, Bd. XXX, Bl. 94: Vernehmung Walter Freund vom 22. 5. 1967; auch in: LAB, Rep. 057-01, Nr. R 34/34, unfol.

ebenso für das Jüdische Krankenhaus.¹⁴⁷ Dutzende Männer benötigten das RSHA sowie die Berliner Gestapo selbst:¹⁴⁸ 20 Juden aus „Mischehen“ wurden als zusätzliche Ordner für das Sammellager Große Hamburger Straße ausgewählt, außerdem 27 für die Transport- und Abholkolonne, die die Gestapo bei der Verhaftungsaktionen begleiten mußte. Das RSHA rekrutierte für Bau- und Bibliotheksarbeiten (Amt VII) im Lager Rosenstraße 24 jüdische Männer aus „Mischehen“.¹⁴⁹

Seit der Fabrik-Aktion wurden auf diese Weise bei der Jüdischen Gemeinde insgesamt 115 Juden und vier Jüdinnen aus „Mischehen“ neu eingestellt, außerdem 16 „Geltungsjüdinnen“ und zwölf „Geltungsjuden“.¹⁵⁰ Wenn man 50 im Jüdischen Krankenhaus Neubeschäftigte, die sich aus einer Liste vom November 1943 ergeben, hinzurechnet, macht das ungefähr 200 Ersatzkräfte.¹⁵¹ Schätzt man für die Reichsvereinigung, für die keine Zahlen vorliegen, noch zusätzliche 25 Personen, käme man exakt auf die Vorgabe des RSHA.

Die Rekrutierten erhielten im Laufe der nächsten Tage Mitarbeiterausweise.¹⁵² Ihnen drohte das RSHA, wer sich nicht bewähre, werde für „anderen Arbeitseinsatz bei grober Handarbeit“ eingeteilt.¹⁵³ Hildegard Henschel, damals in der Gemeinde tätig, berichtete über deren Arbeitsaufnahme: „Zermürbt durch die vorangegangenen Ereignisse [...] galt es, mit den nichtevakuierten, arisch versippten Juden, die bisher nur zum kleinsten Teil in jüdischen Organi-

147 CJA Berlin, 4. 1., Nr. 150, unfol.: Schreiben Eva Bileski vom 9. 10. 1945; Hartung von Doetinchem, Zerstörte Fortschritte, S. 198 und 200; vgl. CJA Berlin, Diverses JKV Berlin, unfol.: RV-Stellenplan vom 11. 11. 1943.

148 Vgl. dazu BArch Berlin, R 8150, Nr. 50, Bl. 430: Aktennotiz (Moritz Henschel) über Rücksprache bei Stapoleitstelle Berlin (Stock, Dobberke) am 18. 3. 1943.

149 Errechnet nach Stellenplan JKV Berlin vom 1. 4. 1943 und Mitarbeiterstand JKV Berlin (Namensliste) vom 31. 1. 1943, CJA Berlin, Diverses JKV Berlin, unfol. Vgl. zur Auswahl der Bibliotheksarbeiter; LBI/A New York, Ludwig Misch Coll., AR 2073: Vorlage von Ludwig Misch für das dt. Konsulat vom 10. 8. 1947, S. 1.

150 47 Männer und zwei Frauen in „Mischehen“ sowie zwei Geltungsjüdinnen behielten ihre Stellung. Errechnet nach Stellenplan JKV Berlin vom 1. 4. 1943 und Mitarbeiterstand JKV Berlin (Namensliste) vom 31. 1. 1943, CJA Berlin, Diverses JKV Berlin, unfol.

151 Vgl. RV-Stellenplan vom 11. 11. 1943, ebenda.

152 Einige Ausweise, die zurückgegeben wurden, blieben erhalten, CJA Berlin, 1, 75 C Be 2, Nr. 14, Bl. 1–12. Faksimiles einiger dieser Ausweise in: Jüdische Geschichte in Berlin. Bilder und Dokumente, S. 323.

153 BArch Berlin, R 8150, Nr. 50, Bl. 417RS: RV-Aktennotiz Nr. 243 über Rücksprache im RSHA am 9. 3. 1943.

sationen tätig gewesen waren, alle notwendigen Posten zu besetzen und sie so einzuarbeiten, daß auch bei völligem Ausscheiden der Volljuden die Maschine funktionierte.“ Bereits am 9. März, also noch am Tag der Überstellung der Ausgesuchten, kam es zu Massenverhaftungen unter den „alten“ Angestellten der Jüdischen Gemeinde und der Reichsvereinigung.¹⁵⁴ Am 10. März wurde die Hälfte des bisherigen Krankenhauspersonals abgeholt.¹⁵⁵ Insgesamt 2000 Personen, darunter offenbar 450 ehemalige Gemeindemitarbeiter¹⁵⁶ und deren Angehörige, deportierte die Gestapo in den nächsten Tagen. Ein Transport ging am 12. März nach Auschwitz,¹⁵⁷ ein weiterer am 17. März nach Theresienstadt.¹⁵⁸ Erst nach diesen zwei Transporten berichtete Goebbels dem „Führer“, daß „die Juden zum größten Teil aus Berlin evakuiert sind“.¹⁵⁹

Der Protest in der Rosenstraße

Goebbels hatte am 11. März 1943 in seinem Tagebuch notiert: „Die Evakuierung der Juden aus Berlin hat doch zu manchen Mißhelligkeiten geführt. Leider sind dabei auch die Juden und Jüdinnen aus privilegierten Ehen zuerst mit verhaftet worden, was zu großer Angst und Verwirrung geführt hat.“¹⁶⁰ Hiermit meinte er wahrscheinlich die Reaktionen auf die Internierung der in „Mischehen“ lebenden Juden in der Rosenstraße. Vor dem Gebäude Rosenstraße 2–4 hatten sich spontan viele Menschen, überwiegend nichtjüdische Angehörige und überwiegend Frauen eingefunden. Zeitgenössische Dokumente zu diesen Vorgängen gibt es bisher nicht. Aus den oft Jahrzehnte später entstandenen

154 Henschel, Arbeit, S. 50.

155 Elkin, Krankenhaus, S. 39 f.; Hartung von Doetinchem, Zerstörte Fortschritte, S. 191 f.

156 Hatte die Jüdische Gemeinde im Januar 1943 noch über 800 Mitarbeiter beschäftigt, so Ende März nur noch 450 (plus ca. 100 im Jüdischen Krankenhaus). Da hiervon aber rund 200 neu eingestellte Juden in „Mischehe“ lebten, fehlten – grob gerechnet – 450 Menschen, alles sog. Volljuden; Berechnet vom Autor nach Mitarbeiterstand JKV Berlin (Namensliste) vom 31. 1. 1943, Stellenplan JKV Berlin vom 1. 4. 1943 und RV-Stellenplan vom 11. 11. 1943, CJA Berlin, Diverses JKV Berlin, unfol.

157 941 Personen, Gedenkbuch Berlins, S. 1420; 964 und 947 bei Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 99.

158 1164 Personen, Gedenkbuch Berlins, S. 1422; 1159 bei Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 101.

159 Tagebücher Goebbels, Teil II, Bd. 7, S. 595; Eintrag vom 20. 3. 1942.

160 Ebenda, S. 528; Eintrag vom 11. 3. 1942.

Interviews, Erinnerungen und Prozeßaussagen über die Ereignisse, bei denen zudem die seit dem Kriegsende kursierende Geschichte über den „Aufstand der Frauen“ deutliche Spuren hinterlassen hat,¹⁶¹ gewinnt man ein sehr widersprüchliches Bild. Ungesichert scheinen bis heute die konkreten Umstände, die Zahl der Teilnehmer sowie die Dauer und die Form des Protestes.¹⁶²

Einige Zeitzeugen schätzten, daß an einzelnen Tagen etwa 150 Personen teilnahmen.¹⁶³ Nach dem Tagebuch von Andreas-Friedrich sollen aber 6000, nach der Schätzung von Schröder 2000 Menschen gleichzeitig auf der Straße gewesen sein.¹⁶⁴ Stoltzfus behauptet, immerhin bis zu 600 Menschen hätten gleichzeitig in Form eines „fließenden Demonstrationzug[es]“ mitgemacht,¹⁶⁵ die Straße sei „schwarz“ von Menschen gewesen,¹⁶⁶ am Ende der tagelangen Proteste hätten so insgesamt 6000 Personen teilgenommen.¹⁶⁷

Jochheim nimmt hingegen an, daß in toto „nur“ 1000 Menschen protestierten. Er weist darauf hin, daß sie zwar vor dem Haus herumstanden oder herumgingen, es aber keine Demonstration im heutigen Sinne gewesen sei.¹⁶⁸ Diese Ansicht wird von Ursula Braun bestätigt: „Getan haben wir in der Rosenstraße gar nichts. Ich bin da hin- und hergegangen. Man hat sich unterhalten. [...]

161 Vgl. die Darstellung bei Gad Beck, der als damaliger Insasse die tradierten „Fakten“ referiert, bis hin zu den aufgebauten und dann zurückgezogenen Maschinengewehren der SS; Heibert (Hrsg.), Und Gad ging zu David, S. 101; vgl. auch die Aussagen im Bovensiepen-Prozeß: LAB, Rep. 057-01, Nr. R 34/34, unfol.: Zeugenvernehmung Walter Freund vom 22. 5. 1967, S. 4; AS LG Berlin, 3 P Ks 1/71, Bd. VII, Bl. 4: Vernehmung Curt Naumann vom 14. 7. 1965; ebenda, Bd. V, Bl. 43: Vernehmung Harry Schnapp (undat.).

162 Merkwürdig ist, daß in Hunderten von mir gesichteten Akten, die die Anträge von überlebenden Berliner „Geltungsjuden“ und Juden in „Mischehen“ auf die Anerkennung als Opfer des Faschismus (1945/1946) enthalten, sich viele Hinweise zur Fabrikaktion und einige über die Internierung in der Rosenstraße finden, aber kein einziger Überlebender die „Demonstration“ erwähnte, obwohl in den Antragsformularen auch nach Widerstandshandlungen gefragt worden war, CJA Berlin, 4. I, Buchstaben B, F, L und P.

163 Bericht Charlotte Israel in: Grunewald-Rampe, S. 147; Bericht Gad Beck bei Schröder, Gegnerinnen, S. 144.

164 Andreas-Friedrich, Der Schattenmann, S. 103 f.; Schröder, Gegnerinnen, S. 29.

165 Zit. nach BBC-Meldung in Unikower, „Stummer Protest“, in: Neues Deutschland vom 14. 11. 1968, bei Stoltzfus, Aufstand, S. 12.

166 Ebenda, S. 295 und 309.

167 Stoltzfus, Protest, S. 218.

168 Jochheim, Frauenprotest 1993, S. 137.

Gut, man hat dabei immer das Portal im Auge behalten, um zu kontrollieren, ob irgend etwas passiert. Aber ansonsten konnten wir nichts machen, als herumstehen oder auf und ab gehen. Und es waren zu jedem Zeitpunkt Menschen dort! Manchmal waren es weniger, manchmal mehr, aber es war immer eine auffällige Ansammlung von Menschen. Das war das Erstaunliche.“¹⁶⁹ Weitere Teilnehmerinnen charakterisieren die damalige Szenerie ganz ähnlich.¹⁷⁰ Einige kamen immer wieder, andere wechselten sich mit Familienmitgliedern ab. Manche wollten „nur“ Lebensmittel abgeben, andere Informationen über ihre Angehörigen sammeln.¹⁷¹ Es warteten dort auch Männer, einige sogar in Uniform.¹⁷²

Das Innere des Gebäudes stand unter der Leitung der Berliner Gestapo. Es wurde aber außen von Schutzpolizisten bewacht. Nach dem Bericht eines Überlebenden soll dort zuerst auch ein SS-Posten gestanden haben, der nach zwei Tagen infolge eines Protestes abgezogen wurde,¹⁷³ nach einem anderen soll die SS mit einem Auto durch die Straße gefahren sein und die Menge bedroht haben.¹⁷⁴ Wieder anderen Aussagen zufolge habe die SS am 4. März Maschinengewehre auf- und nach dem großem Protest wieder abgebaut.¹⁷⁵ Sicher scheint allein, daß die Polizei mehrfach die Versammlung auflöste. So berichtet Ursula Braun: „Die Wachhabenden sind immer wieder vorbeigekommen und haben befohlen ‚Zerstreuen Sie sich! Gehen Sie auf die andere Seite!‘“¹⁷⁶ Auch

169 Bericht Ursula Braun bei Schröder, Gegnerinnen, S. 82.

170 Berichte Erika Lewin, Miriam Rosenberg und Lilo Merten; ebenda, S. 108, 175 und 235; Bericht Ruth Gross, in: Hazel Rosenstrauch (Hrsg.), *Aus Nachbarn wurden Juden. Ausgrenzung und Selbstbehauptung 1933–1942*, Berlin 1988, S. 129; Berichte Frau Weigert und Hilda Elkuß bei Stoltzfus, *Aufstand*, S. 302 und 311; AS LG Berlin, Js 9/65, ZH 110, Bl. 13; Zwischenvermerk Anna Radlauer in Vernehmung Curt Radlauer vom 10. 11. 1966.

171 AS LG Berlin, Js 9/65, ZH 110, Bl. 13; Zwischenvermerk Anna Radlauer in Vernehmung Curt Radlauer vom 10. 11. 1966; vgl. Bericht Löwenstein bei Schröder, Gegnerinnen, S. 211.

172 Bericht Reichow bei Helas, *Juden in Mitte*, S. 210; AS LG Berlin, Js 9/65, ZH 110, Bl. 14; Vernehmung Curt Radlauer vom 10. 11. 1966; vgl. Jochheim, *Frauenprotest 1993*, S. 124.

173 Hans-Oskar Löwenstein über die Aussage seiner Mutter, Schröder, *Gegnerinnen*, S. 213.

174 Elsa Holzer bei Stoltzfus, *Aufstand*, S. 320 f. In ihrem Bericht bei Schröder erwähnt sie das nicht; Schröder, *Gegnerinnen*, S. 267–286.

175 Nach Hans Grossmann bei Jochheim, *Frauenprotest 1993*, S. 131 f.

176 Zit. nach Schröder, *Gegnerinnen*, S. 90 f.

andere Überlebende erzählten übereinstimmend, daß man wegen der Polizei auseinanderging, sich in Hauseingängen oder den kleinen angrenzenden Straßen versteckte und nach kurzer Zeit wieder erschien.¹⁷⁷ Ein solches Verhalten konnte in der kleinen Straße wohl einigen Dutzend ohne Probleme gelingen, nicht aber Hunderten oder gar Tausenden Protestierender.¹⁷⁸

Wenn auch von einem machtvollen Protest offenbar nicht gesprochen werden kann, so erforderte es doch großen Mut, sich am Auflauf vor dem bewachten Gebäude zu beteiligen und dort stundenlang auszuharren. Mit der Freilassung der Internierten endete dieses einmalige Politikum. Jochheim und Stoltzfus behaupten, daß in der NS-Führung die Meinung geherrscht habe, der Protest könne nicht mit Gewalt, sondern nur durch die Entlassung der Insassen beendet werden.¹⁷⁹ Plausibler erscheint, daß weit weniger Menschen als bisher geschätzt sich dort versammelten und die Form des Protestes viel weniger provokativ als bisher angenommen war. Das einzigartige Verhalten vieler Frauen und Männer, ob sie Lebensmittel brachten, ob sie vor dem Haus schweigend warteten oder nach den Inhaftierten riefen, bewirkte zwar nicht die Freilassung ihrer Angehörigen, denn eine Deportation war nicht geplant. Doch diese Korrekturen schmälern die Courage der Menschen in der Rosenstraße nicht, denn diese handelten, ohne etwas von den tatsächlichen Zielen der Internierung zu ahnen.¹⁸⁰

Die gängige These vom Deportationsstopp¹⁸¹ gründet sich zudem bis heute allein auf einen Tagebucheintrag von Goebbels, der am 6. März festhielt, daß sich leider in Berlin „unliebsame Szenen“ abgespielt hätten, „wo die Bevölkerung sich in größerer Menge ansammelte und zum Teil sogar für die Juden etwas Partei ergriff“. Goebbels schrieb, er habe den SD beauftragt, „die Juden- evakuierung nicht ausgerechnet in einer so kritischen Zeit fortzusetzen“, und kritisierte die Beamten, die sich ohne nachzudenken nur an „ein geschriebenes

177 Bericht Ruth Gross, in: Rosenstrauch (Hrsg.), *Aus Nachbarn wurden Juden*, S. 129 f.; zit. auch bei Stoltzfus, *Aufstand*, S. 308; Bericht Ernst Bukowzer und Frau Weigert; ebenda, S. 299 und 307 f.

178 Die Rosenstraße maß damals von der Kaiser Wilhelmstraße bis zur Neuen Friedrichstraße ungefähr 150 Meter (weniger als heute). Sie war etwa 20 Meter breit (je Bürgersteig etwas über vier Meter; die Fahrbahn, in deren Mitte sich zwei Straßenbahngleise befanden, etwas über elf Meter); CJA Berlin, 1, 75 A Be 2, Nr. 494, unfol.: vgl. Lageplan Rosenstraße 2-4/Heidereuthergasse 4-5.

179 Jochheim, *Frauenprotest 1993*, S. 136 f.; Stoltzfus, *Aufstand*, S. 347.

180 Vgl. zur Fragwürdigkeit von Erfolg als Kriterium: Steinbach, *Widerstand*, S. 51.

181 Vgl. Jochheim, *Frauenprotest*, S. 133. Goebbels hätte sich hier gegen die radikale RSHA-Politik gewendet, so Stoltzfus, der zugleich aber behauptet, Goebbels habe die Aktion veranlaßt; vgl. Stoltzfus, *Protest*, S. 227 f.

Wort anklammern“.¹⁸² Das kann sich aber nur auf die Gesamtdeportation bezogen haben, für die allein schriftliche Anweisungen vorlagen. Die vielzitierte Notiz vom 6. März muß der Selbststilisierung des Propagandaministers in seinem für die Nachwelt verfaßten Tagebuch zugeschrieben werden, denn er hätte wohl mit Heinrich Himmler oder RSHA-Chef Ernst Kaltenbrunner sprechen, aber kaum dem SD direkte Anweisungen geben können, der mit der Gestapo-Aktion zudem gar nichts zu tun hatte.¹⁸³

Um die These vom Abbruch einer geplanten Deportation durch den Protest zu untermauern, wird in der Literatur auch die Rückkehr von 25 Männern angeführt, die am 6. März aus der Rosenstraße mit dem letzten Berliner Transport der Fabrik-Aktion nach Auschwitz verschleppt worden waren.¹⁸⁴ Im Gegensatz zu den übrigen über 600 deportierten Menschen wurden sie jedoch als „Schutzhäftlinge“ dort eingeliefert. Allein dieser bisher übersehene Umstand begründete ihre Rückkehr nach wenigen Wochen.¹⁸⁵ Als Beleg für eine generelle Deportationsabsicht wurde auch auf Verhaftungen von Juden aus „Mischehen“ in Frankfurt am Main verwiesen.¹⁸⁶ Diese Festnahmen erfolgten – wie in Hamburg, Krefeld, Offenbach, Mainz, Wiesbaden und Darmstadt – aber wegen tatsächlicher oder angeblicher Vergehen gegen die NS-Gesetze und zogen keine Deportation nach sich.¹⁸⁷

182 Tagebücher Goebbels, Teil II, Bd. 7, S. 487; Eintrag vom 6. 3. 1943.

183 Den gleichen Einwand gibt Rainer Decker in seiner Online-Rezension (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensio/buecher/2000/dera0500.htm>) des Stoltzfus-Buches zu bedenken.

184 Jochheim, Frauenprotest 1993, S. 170; Stoltzfus, Aufstand, S. 323 ff. und 390.

185 Vgl. Fernschreiben vom 8. 3. 1943 an das WVHA, in: Rürup (Hrsg.), Topographie des Terrors, S. 119; Czech, Kalendarium, S. 434. Schutzhaft bzw. KZ-Einweisung bedeutete seit Herbst 1942 für „ungeschützte Volljuden“ die Verschleppung nach Auschwitz. Doch die 25 Männer waren „geschützte“ Juden aus „Mischehen“, deshalb kamen sie nach etwa 14 Tagen Zwangsarbeit in Auschwitz-Monowitz nach Berlin zurück und wurden dann in das Arbeitserziehungslager Großbeeren eingeliefert.

186 Stoltzfus, Aufstand, S. 36. Er spricht davon, daß das RSHA deren Abtransport vorbereitete, als Beleg dient aber nur das Urteil eines Nachkriegsprozesses; ebenda, S. 277.

187 Vgl. Kingreen, Frankfurt, S. 383; Meyer, „Jüdische Mischlinge“, S. 58 f.; Johnson, Terror, S. 460–463. Das RSHA hatte das Verhängen von Schutzhaft gegen Menschen dieser Gruppe im Zuge der Fabrik-Aktion aus Repressionsgründen im Einzelfall ausdrücklich erlaubt (Siehe Abdruck des Erlasses im Anhang). Johnson nimmt hingegen an, daß die Gestapo ihre Taktik gegenüber den „Mischehen“ in der Folgezeit aufgrund des Protestes geändert habe, sie habe nun zu einer verstärkten Kriminalisierung gegriffen; Johnson, Terror, S. 457.

Wenngleich die NS-Führung im Frühjahr 1943 also keine konkrete Absicht hegte, Juden in „Mischehen“ zu deportieren, intensivierte sie – nach Verschleppung der meisten anderen Juden – die Verfolgung der Zurückbleibenden innerhalb des Reiches radikal. Statt Zwangsarbeit in der Industrie mußten in „Mischehen“ lebende Juden seit März 1943 Zwangseinsatz ausschließlich bei schweren Handarbeiten leisten.¹⁸⁸ In Berlin verpflichtete das Arbeitsamt Juden und Jüdinnen aus „Mischehen“, unter ihnen viele aus der Rosenstraße,¹⁸⁹ zur Reichsbahn, zur Müllabfuhr und zu Abrißfirmen; ähnliches passierte in Frankfurt am Main, Essen und Dresden. Gleichzeitig drängte man sie in „Judenhäusern“ zusammen, so in Hamburg, Halle/Saale, Bremen und Frankfurt am Main.¹⁹⁰

Ein Jahr nach der Fabrik-Aktion deportierte die Gestapo auf Befehl Himmlers zunächst diejenigen Jüdinnen und Juden nach Theresienstadt, deren „Mischehen“ wegen Scheidung oder Tod des Partners nicht mehr bestanden.¹⁹¹ Fast zwei Jahre später, am 15. Januar 1945, befahl das RSHA schließlich, auch ohne Zwangsscheidung alle in „Mischehen“ lebenden Juden zu deportieren. Ab dem 12. Februar wurden in über einem Dutzend Transporte weit mehr als 1600 Menschen aus deutschen Städten in das KZ Theresienstadt verschleppt.¹⁹²

188 Dies beantwortet zugleich die Frage nach der Unsinnigkeit einer Entlassung aus der Zwangsarbeit, wenn danach wieder Zwangsarbeit verhängt wurde. Diese Frage stellt Ruth Gross in ihrem Bericht über die Vorgänge in der Rosenstraße: Rosenstrauch (Hrsg.), Aus Nachbarn wurden Juden, S. 129.

189 Erika Lewin, bis 27. 2. 1943 bei Siemens, ab 15. 3. Brandenburgische Fahnenfabrik Berlin, Faksimile des Arbeitsbuches bei Schröder, Gegnerinnen, nach S. 96; vgl. Faksimile Arbeitsbuch K. A. (bis 27. 2. bei Ehrich & Graetz, ab 13. 3. 1943 bei Fa. Heinrich Exner); Juden in Kreuzberg. Fundstücke, Fragmente, Erinnerungen, Berlin 1991, S. 167–170; vgl. die Fälle: CJA Berlin, 4.1, Nr. 149, 284, 1495, 1527, 1529, 1631, unfol.

190 Vgl. dazu Gruner, Arbeitseinsatz, S. 322–326; Dokumente Frankfurter Juden, XIII 6, S. 495: Bericht des Gestapobeauftragten vom 16. 4. 1943.

191 Gestapa-Erlaß vom 18. 12. 1943, zit. bei Stoltzfus, Protest, S. 230. In Berlin kam es am 10. 1. 1944 zu einem Großtransport mit 354 Personen; Gedenkbuch Berlins, S. 1422. Vgl. die Fälle: CJA Berlin, 4. 1, Nr. 257, 379, 261 und 179.

192 Zur Organisation der Transporte vgl. Gruner, Arbeitseinsatz, S. 328 f. Zu den ankommenden Transporten vgl. Theresienstädter Gedenkbuch. Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942–1945, hrsg. v. Institut Theresienstädter Initiative, Prag 2000, S. 89.

Schlußfolgerungen

Die Aktion Ende Februar/Anfang März 1943 stellte neben den Ausweisungen polnischer Juden Ende Oktober 1938 und den Verhaftungen beim Novemberpogrom 1938 die drittgrößte antijüdische Razzia im Reichsgebiet überhaupt dar. Der spätere ostdeutsche Landesrabbiner Martin Riesenburger bezeichnete den 27. Februar 1943 als „das große Inferno“.¹⁹³ In der Hauptstadt des „Dritten Reiches“ holte die Gestapo an diesem Tag mit Hilfe der SS auf brutale Weise Tausende Menschen aus wahrscheinlich mehr als einhundert Betrieben und pferchte sie in Sammellager. Die deshalb bald Fabrik-Aktion genannte Razzia beschränkte sich aber entgegen der gängigen Annahme nicht auf Berlin.¹⁹⁴ Im ganzen „Altreich“ wurden Jüdinnen und Juden von ihren Arbeitsplätzen abgeholt, auf Behörden, auf der Straße und in Wohnungen festgenommen und dann in Sammelstätten für den Transport interniert. In der ersten Märzwoche deportierte die Gestapo 11 000 Menschen nach Auschwitz. Mehr als ein Drittel von ihnen kam nicht aus Berlin.

Mit der Groß-Razzia verschleppte die Gestapo Anfang März zunächst vor allem Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter – doch eben nicht nur, wie eine andere These nahelegt.¹⁹⁵ Die Aktion bildete den Auftakt zur letzten großen Deportationswelle in Deutschland, mit der alle sogenannten Volljuden, die nicht durch eine „Mischehe“ als geschützt galten, abtransportiert werden sollten. So wurden zugleich auch Angehörige der Zwangsarbeiter sowie bis Mitte März Hunderte Angestellte jüdischer Institutionen und deren Angehörige verschleppt. Mit der Zahl der im Laufe des März 1943 aus dem Reich deportierten 12 496 Männer, Frauen und Kinder wurde eine der höchsten monatli-

193 Martin Riesenburger, *Das Licht verlöschte nicht. Ein Zeugnis aus dunkler Nacht des Faschismus*, Berlin (DDR) 21984, S. 18.

194 Die Beschränkung auf Berlin bei Avraham Barkai, *Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943*, Frankfurt a. M. 1988, S. 181; *Das Dritte Reich im Überblick*, S. 275; Helmut Krausnick, *Judenverfolgung*, in: *Anatomie des SS-Staates*, München 41984, Bd. 2, S. 359; Ulrich Herbert, *Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“ im Nationalsozialismus*, in: ders. (Hrsg.), *Europa und der „Reichseinsatz“*. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 384–426, hier S. 407.

195 Vgl. letztere Meinung in: *Zyklusopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, hrsg. v. Israel Gutman, dt. Ausgabe hrsg. v. Eberhard Jäckel u. a., München 1995, Bd. I, S. 342; Herbert, *Arbeit und Vernichtung*, S. 407.

chen Transportraten seit Beginn der Deportationen in Deutschland überhaupt erreicht.¹⁹⁶

Die hier erstmals diskutierten Quellen beweisen, daß das RSHA die Juden aus „Mischehen“ zu diesem Zeitpunkt nicht abtransportieren wollte.¹⁹⁷ „Lediglich“ in der Entfernung dieser Gruppe aus dem Industrieinsatz, um sie künftig nur noch bei schweren Handarbeiten Zwangsarbeit leisten zu lassen, bestand ein Ziel der vom RSHA gesteuerten Fabrik-Aktion. Auch die Internierung eines Teils der Berliner Juden aus „Mischehen“ war offenbar vom RSHA veranlaßt, um deren „Rassenstatus“ zu überprüfen, vor allem aber, was bisher vollständig übersehen wurde, um aus ihrem Kreis mehrere Hundert neue Beschäftigte für die jüdischen Einrichtungen Berlins zu rekrutieren. Über 200 Juden aus „Mischehen“ ersetzten binnen Tagen ca. 450 „volljüdische“ Beschäftigte der Reichsvereinigung, der Jüdischen Gemeinde und ihres Krankenhauses, die daraufhin mit ihren Familien bis Mitte März deportiert wurden.

Die Deportation der Juden aus „Mischehen“ sollte demnach weder in Berlin ihren Anfang nehmen, noch war Goebbels für deren Internierung in der Rosenstraße oder deren Entlassung verantwortlich.¹⁹⁸ Auch ist kein Deportationsplan wegen der Proteste der Angehörigen in der Rosenstraße aufgegeben worden.¹⁹⁹ Bereits vor dem bisher als Datum eines Deportationsstopps angesehenen 6. März und noch Tage danach wurden Menschen aus dem Lager freigelassen. Zudem muß unsere Vorstellung von diesem Protest offenbar revidiert werden, was aber noch genauerer Untersuchungen bedarf. Möglicherweise waren weit weniger Menschen und keineswegs nur Frauen an ihm beteiligt,²⁰⁰ und seine Form war weniger öffentlich und provokativ als bisher angenommen.

Nicht erst der Protest in der Rosenstraße hatte die NS-Führung in der Frage gespalten, wie sie mit den Juden in „Mischehen“ umgehen sollte, sondern dies war schon seit 1941 der Fall, als sie über deren Zukunft diskutierte. Dieser

196 BArch Berlin, R 81 50, Nr. 69, Bl. 57: RV-Statistik für März 1943; vgl. Gruner, Reichshauptstadt, S. 253.

197 Vgl. diese These bei Stoltzfus, Protest, S. 227; Simon, Die Zeit des Nationalsozialismus, S. 210.

198 Die These zur entscheidenden Rolle von Goebbels bei Stoltzfus, Aufstand, S. 13 und 346. Stoltzfus widerspricht sich an anderer Stelle, wenn er behauptet, die Internierung sei eine lokale Aktion unterer Gestapobeamter gewesen; Stoltzfus, Aufstand, S. 353. Nach Stoltzfus bei Johnson, Terror, S. 455.

199 Die Meinung vom Deportationsstopp bei Stoltzfus, Aufstand, S. 32; Jochheim, Frauenprotest 1993, S. 133; Grunewald-Rampe, S. 148.

200 Von Frauen ist die Rede bei Stoltzfus, Aufstand, S. 12; Simon, Die Zeit des Nationalsozialismus, S. 212.

Protest führte im Frühjahr 1943 weder zu paralyisierenden Kämpfen zwischen den Machtzentren des Reiches noch zu Kontroversen innerhalb der NS-Führung.²⁰¹ Es läßt sich mit den Quellen deshalb auch nicht belegen, daß solche „Demonstrationen“ die Deportationsplanungen der NS-Führung insgesamt hätten ändern oder deren Realisierung zu diesem späten Zeitpunkt behindern können.²⁰² Weder verhinderte der Protest die nun folgende Verschärfung der Verfolgungspolitik gegenüber den „Mischehen“ im Reich noch – wie Stoltzfus behauptet – deren spätere Deportation.²⁰³ Die Legende vom erfolgreichen Protest in der Rosenstraße ist gleichwohl als Symbol für individuelle Auflehnung gegen die NS-Diktatur und gegen die Judenverfolgung inzwischen ins kollektive Gedächtnis der Deutschen eingeschrieben.

In der Rosenstraße zeigten Menschen in der allerletzten Phase der Massen-deportationen Zivilcourage. Sie protestierten allerdings nicht gegen die Transporte generell, sondern wollten ihre jüdischen Angehörigen retten, die zudem Teil einer „privilegierten“ Gruppe waren. Eine Opposition gegen die anti-jüdischen Maßnahmen – mit Aussicht auf Erfolg – hätte sich jedoch viel früher und breiter formieren müssen: 1933 und in allen Schichten der deutschen Gesellschaft. Wie die Forschungen des letzten Jahrzehnts zeigen, entwickelte sich die NS-Judenverfolgung nicht geradlinig als von oben nach unten durchgesetzte Politik. Vielmehr radikalisierte sich die antijüdische Politik in einer dynamischen Wechselwirkung sowohl zwischen den zentralen NS-Institutionen wie zwischen nationaler und lokaler Ebene. Dieser Prozeß eröffnete den beteiligten Behörden und Instanzen wie den in ihnen agierenden Personen erheblichen Gestaltungsraum. Statt einem wohlfeilen Widerstandsmythos zu erliegen, ist es daher für die Forschung ertragreicher, dem individuellen Handeln der Menschen seit dem Beginn der NS-Diktatur mehr Aufmerksamkeit zu widmen, ob als Planende und Ausführende antijüdischer Maßnahmen oder als deren Opfer. Diese Sicht dürfte einerseits die Motive und Interessen der Täter in allen Bereichen der NS-Gesellschaft erhellen, andererseits – wie hier an Flucht und Hilfe beim Untertauchen Tausender Menschen gezeigt – unser Wissen über unbekanntere und erfolgreiche Formen der Opposition von Nichtjuden und Juden gegen die NS-Judenverfolgung erheblich erweitern.

201 Vgl. diese Meinungen bei Stoltzfus, *Third Reich History*, S. 677; ders., *Aufstand*, S. 363.

202 Vgl. dazu grundlegend die Kritik an Stoltzfus bei Dipper, *Schwierigkeiten mit der Resistenz*, S. 409–416.

203 Stoltzfus, „*Third Reich History*“, S. 681; ders., *Aufstand*, S. 341; ders., *Protest*, S. 239, 246.

Anhang

*Erlaß der Gestapo Frankfurt/Oder zur Fabrik-Aktion*²⁰⁴Betr.: Evakuierung bezw. Entfernung von Juden aus Betrieben

Nachdem die im hiesigen Dienstbereich wohnhaft gewesenen Juden mit Ausnahme der in deutsch-jüdischer Mischehe lebenden Juden fast restlos umgesiedelt worden sind, hat das Reichssicherheitshauptamt in Berlin angeordnet, dass sämtliche noch in Betrieben beschäftigten Juden zum Zwecke der Erfassung aus den Betrieben zu entfernen sind. Infrage kommen für diese Aktion vor allem die in Mischehe lebenden Juden. Irgendwelche Einsprüche des Betriebsführers sind in entsprechender höflicher Form zurückzuweisen mit dem Bemerkten, dass die Maßnahme im Einverständnis mit dem Rüstungskommando und den für den Arbeitseinsatz und für die Produktion verantwortlichen Stellen getroffen [worden] ist.

Die Unterrichtung des Betriebsführers erfolgt durch das zuständige Arbeitsamt. Desgleichen wird von diesem die Frage der Ersatzgestellung von Arbeitskräften geregelt. Die Zusammenfassung der Juden in den Betrieben hat unauffällig, ev[t]l. unter Einschaltung des Abwehrbeauftragten und des Werk-schutzes zu erfolgen. Jedoch ist darauf zu achten, dass hierbei Ausschreitungen und Fluchtversuche seitens der Juden vermieden werden. Es dürfen aber auf keinen Fall Übergriffe seitens der Beamten oder der mit der Bewachung beauftragten Männer erfolgen, insbesondere nicht in der Öffentlichkeit oder im Betrieb selbst. Freches Benehmen von Juden, die in noch bestehender Mischehe leben[,] ist dadurch zu ahnden, dass diese in Schutzhaft genommen und Anträge

204 Geheime Staatspolizei, Frankfurt/Oder, 24. 2. 1943, Staatspolizeistelle Frankfurt/Oder, B.Nr. II B 4 – 1958/42, Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 41 Großräschen, Nr. 272, Bl. 84–85. Der Erlaß der Gestapo Frankfurt/Oder wurde in einem Runderlaß des Landrates in Calau vom 25. 2. 1943 verbreitet, der am 27. 2. 1943 beim Amtsvorsteher Großräschen im Südosten Brandenburgs eintraf. Im Erlaß der Gestapo Frankfurt/Oder werden Anordnungen des RSHA referiert. Offensichtlich handelt es sich um eine stark modifizierte Fassung der Anordnungen durch die Gestapo Frankfurt, denn als Ziel der Aktion werden besonders Juden in „Mischehen“ angesprochen. Das konnte nur für Orte außerhalb Berlins gelten, wo die meisten anderen Juden bereits deportiert waren. Bei den Arbeitslagern werden brandenburgische Spezifika (Forstlager gab es nur hier) erwähnt. Unterstreichungen im Original. (Neuerdings ohne Verweis auf Herkunft und ohne Quellenangabe gekürzt abgedruckt bei Jochheim, Frauenprotest, 2001, S. 30 f.)

auf Unterbringung in einem Konzentrationslager gestellt werden. Es kann hierbei sehr großzügig verfahren werden, jedoch muss der Eindruck vermieden werden, dass bei dieser Aktion das Mischeheproblem gleichzeitig grundlegend bereinigt werden soll. Soweit keine Gründe vorhanden sind, die eine Inhaftierung des in Mischehe lebenden jüdischen Ehepartners rechtfertigen, sind diese in ihre Wohnung zu entlassen. Sie dürfen auf keinen Fall wieder in diese[m] oder eine[m] anderen Betrieb beschäftigt werden. Über ihre weitere Verwendung ergeht noch Anweisung.

Die in Betrieben beschäftigten Juden, soweit sie in geschlossenen Lagern, wie Neuendorf i. S., Forsteinsatzlagern usw. untergebracht sind, sind bei dieser Aktion nicht zu erfassen. Auch die in verschiedenen Betrieben des Regierungsbezirks Frankfurt/Oder geschlossen eingesetzten polnischen Juden, die jeweils in geschlossenen Lagern untergebracht sind, dürfen hierbei nicht erfasst werden. Soweit Juden, die in Mischehe leben, nach ihrer Entfernung aus den Betrieben entlassen werden, dürfen sie nicht wieder in Arbeit vermittelt werden. Die Aktion ist auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes sch[la]gartig am 27. 2. 1943 bei Beginn der Arbeitszeit durchzuführen. Zweckmässigerweise ist den beauftragten Beamten ein dem Betriebsführer vorzulegendes Schreiben mitzugeben, etwa des Inhalts, dass der beauftragte Beamte berechtigt ist, sämtliche im Betriebe beschäftigten Juden zum Zwecke der Erfassung aus dem Betriebe zu entfernen.

Die Zahl der aus den Betrieben entfernten Juden und die Zahl der festgenommenen Juden, sind unter Angabe der Personalien am 27. 2. 1945, bis 16 Uhr, der Geheimen Staatspolizei Frankfurt/Oder, Telefon 2870/71 fernmündlich zu melden. Die angegebene Frist ist in jedem Falle einzuhalten. Fehlanzeige ist erforderlich.

Für die festgenommenen Juden, die in Mischehe leben und evtl. in einem Konzentrationslager untergebracht werden sollen, sind verantwortliche Vernehmungen der Genannten umgehend der hiesigen Dienststelle zu übersenden, damit das Weitere von hier veranlasst werden kann.

gez. Wolff²⁰⁵

205 Reinhard Wolff, geb. 1909 in Chemnitz, Studium Jura und Philosophie in München und Hamburg, seit 1930 Mitglied der NSDAP und SS, April 1941–März 1943 Leiter der Stapoleitstelle Frankfurt/Oder.